

Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch in Pirna

von Helfried Dörner

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

A Einleitung

B. Hauptteil

I. Die politische Situation und die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu Beginn des Jahres 1920

1. Die Angriffe der bürgerlichen Reaktion und der SPD-Führer auf die Rechte der Arbeiterklasse

a) Das reaktionäre Betriebsrätegesetz

b) Der Aufbau konterrevolutionärer militärischer Organisationen

c) Reichswehr kontra Arbeiterklasse

2. Nationalistische und chauvinistische Propaganda und Ausschreitungen

3. Das Erstarren der KPD

a) Die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Reich und in Pirna

b) Die KPD in Pirna und Copitz

c) Der Arbeiterrat unter Führung der KPD

4. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft

5. Die deutsche Konterrevolution strebte zur Militärdiktatur

6. Revolutionäre Propaganda und Entlarvung der Putschvorbereitungen durch die KPD

II, Der Beginn des Kapp-Putsches

1. Die unmittelbaren militärischen und politischen Vorbereitungen

2. Die Putschisten schlugen los

3. Zustimmung beim „Pirnaer Anzeiger“

4. Die Ziele des Putsches und das Programm Kapps

III. Die Haltung der rechten SPD-Führer zu Beginn des Kapp-Putsches

1. Revolutionäre Aufrufe aus Berlin und Dresden

2. In Dresden: Reichswehr und SPD-Führer Hand in Hand - gegen die Arbeiter!

IV. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

1. Die KPD stellte sich an die Spitze des Kampfes

2. Der Kampf der Pirnaer Arbeiterschaft unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

a) Verhandlungen, erste Kundgebungen in Mügeln und Pirna und die Bildung von Aktionsausschüssen

b) Programm des Pirnaer Exekutivkomitees

c) Die unmittelbaren Aktionen der Arbeiterschaft im Pirnaer Bezirk gegen Kapp

ca) Der Generalstreik gegen die Kapp-Diktatur, die Wahl revolutionärer Betriebsräte, Zusammenarbeit Exekutive und Betriebsräte

cb) Entwaffnung der Einwohnerwehren - Bewaffnung der Arbeiter

cc) Überwachung der behördlichen Arbeit

cd) Absicherung der Stadt und des Bezirkes Pirna

3. Das Verhalten der bürgerlichen Kräfte in Pirna während des Kapp-Putsches

4. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen die verhängnisvolle Koalitionspolitik der SPD für eine Arbeiterregierung

5. Die KPD - die Führerin der Pirnaer Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch

7. Der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer

1. Die rechte SPD-Führung bremste und verriet die Erfolge der Aktionen der Arbeiter

2. Die Haltung der ostsächsischen USPD-Führung: revolutionäre Phrasen und Paktieren mit den verräterischen Führern der SPD

VI. Die Liquidierung der Arbeiterräte und die Entwaffnung der Arbeiterklasse

1. Die Auflösung der Arbeiterräte

2. Die Entwaffnung der „Zivilbevölkerung“

3. Die KPD verteidigte die Rechte der Arbeiterklasse

C Schluß: Die Lehren des Kapp-Putsches damals und heute

59

D Anhang

I. Literatur- und Quellenverzeichnis

II. Anmerkungen und Literaturbelege

III. Abkürzungen

IV. Materialien und Übersichten

-5-

Vorwort

Die Genossen der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung empfahlen mir, meine Staatsexamensarbeit über den Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch in Pirna zu schreiben.

Damit soll zu den bisherigen ausführlichen Arbeiten über die Novemberrevolution in Pirna und über die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und den Reichswehreinmarsch in Pirna¹, ein weiterer Höhepunkt des Kampfes der Arbeiterklasse dieser Jahre tiefer, als es bisher geschehen war, erforscht und dargestellt werden. Obwohl die Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch fast 50 Jahre zurück liegen, lassen sie für heute noch Lehren daraus ziehen. Außerdem erfüllt es uns mit Stolz, Anerkennung und Siegeszuversicht, wenn wir erfahren, wie damals die revolutionären Arbeiter für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, gegen jedes Zurückzerren der gesellschaftlichen Entwicklung kämpften.

Die Erforschung der Vorgänge in unserer Stadt im Jahr 1920 bereitet heute allerlei Schwierigkeiten: Die damals leitend tätig gewesen Genossen leben nicht mehr. Zur Zeit des Kapp-Putsches gab es im Raum Dresden keine Zeltung der KPD. Die Pirnaer Lokalausgabe der Dresdner Zeitung „Unabhängige Volkszeitung“ (USPD), die „Pirnaer Volkszeitung“, die ausführlich über die Pirnaer Ereignisse berichtet haben dürfte, ist nicht erhalten geblieben.

Wesentliche Quellen meiner Arbeit waren die Polizeiberichte, andere Berichte, Akten und Veröffentlichungen aus den Jahren 1919 – 1921. Viel Material bietet hier vor allem das Stadtarchiv Pirna, einiges das Staatsarchiv Dresden. Dresdner Zeltungen, besonders die „Unabhängige Volkszeitung“, und das Pirnaer Amtsblatt, der „Pirnaer Anzeiger“, wurden ausgewertet. Einiges fand Ich im Archiv der SED-Kreisleitung Pirna.

Besonders danke ich den Genossen, die mir ihre Erlebnisse

-6 -

aus den Kapp-Tagen schilderten, und meinem Betreuer, Genossen Hugo Jensch.

Gern hätte ich die Mügelner bzw. Heidenauer Ereignisse näher untersucht und dargestellt, leider sind in Heidenau 1922 und 1943 alle diesbezüglichen Akten vernichtet worden.

Wenn wir von Pirna sprechen, müssen wir wissen, daß 1920 die rechtselbischen Orte, z. B. Copitz, Jessen und Posta, und auch die linkselbischen Orte Rottwerndorf, Neundorf, Zehista, Zuschendorf und Cunnersdorf noch nicht zur Stadt Pirna gehörten. Sie wurden erst später eingemeindet. Die Amtshauptmannschaft (der Kreis) Pirna umfaßte die heutigen Kreise Pirna und Sebnitz und einige weitere Gemeinden.

In der Arbeit sollen im Wesentlichen die Ereignisse der Stadt Pirna im Licht des nationalen Geschehens dargestellt werden.

Einleitung

Im November 1913 erhoben sich die revolutionären deutschen Arbeiter and Soldaten gegen die volksfeindliche Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus, besonders gegen die Fortführung des Krieges, für den Friedensabschluß, für sozialistische Umgestaltungen und brüderliche Beziehungen mit Sowjetrußland.

"Die Novemberrevolution war die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus."² Sie führte zum Sturz der Hohenzollernmonarchie und der kaiserlichen Regierung, die Volksmassen eroberten sich wichtige demokratische Rechte und Freiheiten. Damit waren günstige Voraussetzungen für den Kampf der Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus geschaffen worden.

Die Führer der SPD und die rechten Führer der USPD bildeten eine sozialistisch getarnte konterrevolutionäre Regierung. Sie verbündeten sich mit dem deutschen Militarismus und dem Monopolkapital. Die Volksmassen beschwichtigten sie mit parlamentarischen Illusionen. So verhinderten sie, dass die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich auf die bewaffnete Macht der Arbeiter und Soldaten stützten, die Macht übernahmen. Statt der Rätemacht, die zur Diktatur des Proletariats hätte geführt werden können, stellten sie sich auf den Boden der bürgerlichen Demokratie und proklamierten Wahlen zur Nationalversammlung. 25

Die rechten Führer der Sozialdemokratie ignorierten seit Jahren "den Widerspruch zwischen Imperialismus und Militarismus einerseits und der Arbeiterklasse und den anderen demokratischen Kräften andererseits".³ Statt dessen konstruierten sie "einen Scheinwiderspruch zwischen Demokratie und Diktatur".⁴ Die Führung der Sozialdemokratie "verleumdet die proletarische Diktatur in Sowjetrußland, stellt der dort beginnenden sozialistischen Wirklichkeit die Theorie des dritten Weges entgegen, der weder kapitalistisch noch kommunistisch sei und die deutsche Arbeiterklasse

- 8 -

¹ Siehe Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne über Pirna, Ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, o. 0. u. J. und Rieger, Heinz, Die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und der Reichswehreinmarsch in Pirna, o. 0. a. J.

² Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin o. J., S. 109.

³ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, Berlin 1966, S. 66.

⁴ Ebenda.

über die Weimarer Republik mittels der Erringung der parlamentarischen Mehrheit zum Sozialismus führen werde.“⁵ Mit dieser Theorie anerkannte die Führung der Sozialdemokratie die bürgerlich-kapitalistische Ordnung und deren Staat. Die SPD-Führung unternahm alles zur Verteidigung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung und deren Einrichtungen.

Die Wahl zur Nationalversammlung ergab eine bürgerliche Mehrheit. Die deutsche Monopolbourgeoisie hielt es für günstiger, vorerst noch die SPD regieren zu lassen. So wurde die Masse der deutschen Arbeiter und der anderen Werktätigen in dem Glauben gewiegt, die Revolution hätte ihre Aufgabe erfüllt. In Wirklichkeit hatten die opportunistischen Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften die kapitalistische Ordnung vor dem Ansturm der den Sozialismus erstrebenden Arbeitermassen gerettet.

Infolge des jahrzehntelangen vorherrschenden Einflusses opportunistischer und reformistischer Ideologien auf die deutsche Arbeiterklasse, des Verrates der SPD- und der rechten USPD-Führer während der Revolution und des Fehlens einer gefestigten, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden revolutionären Kampfpartei erlitt die deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution eine Niederlage. Die Revolution führte nicht einmal alle Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu Ende. Ihre Hauptaufgabe, der Sturz des deutschen Imperialismus, blieb ungelöst.

Im Verlauf der Revolution trennten sich der Spartakusbund und andere linke Kräfte endgültig von der USPD und gründeten die Kommunistische Partei Deutschlands. Damit entstand eine revolutionäre Kampfpartei, die endgültig mit dem offenen Rechtsopportunismus und Zentrismus brach, die die Voraussetzungen bot, sich zur marxistisch-leninistischen Massenpartei zu entwickeln, auf deren Grundlage sich die Arbeiterklasse wiedervereinigen konnte.

Der Novemberrevolution folgten von 1919 - 1923 die Jahre der revolutionären Nachkriegskrise.

- 9 -

Das Monopolkapital hatte seine Herrschaft trotz seines Sieges in der Novemberrevolution nicht endgültig stabilisieren können. Obwohl die Revolution das kapitalistische Eigentum nicht angetastet hatte, war doch die politische Macht und die militärische Stärke des deutschen Imperialismus erschüttert. Auch das Friedensdiktat der Entente, der Versailler Vertrag, tastete die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus nicht an, schränkte aber dennoch seine wirtschaftliche, politische und militärische Aktionsfähigkeit ein.

Die imperialistische deutsche Bourgeoisie strebte in diesen Jahren danach, ihre Macht wieder zu festigen. Die Kriegslasten wälzte sie durch die Inflation auf das Volk ab. Die demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse sollten beseitigt werden. Das alles diente dem Ziel, erneut eine Politik zur Neuaufteilung der Welt aufnehmen zu können.

Die Arbeiterklasse wehrte sich in diesen Jahren gegen die zunehmende wirtschaftliche Verelendung und gegen den Raub der sozialen und politischen Rechte und Freiheiten, die sie sich in der Novemberrevolution erkämpft hatte. 20 Mit der Bemerkung "Einer muß der Bluthund werden ..." ⁶ hatte der sozialdemokratische Minister Gustav Noske im Januar 1919 die Rolle des Schlächters des deutschen Proletariats übernommen. Er ließ die Abwehrkämpfe der deutschen Arbeiter, zahlreiche Streiks, Hungerdemonstrationen und -unruhen im Jahre 1919 niederschlagen. Bei diesen Kämpfen wurden Tausende deutsche Arbeiter, Frauen und Kinder ermordet. Führende Sozialdemokraten provozierten ebenso wie reaktionäre Reichwehrgenerale die Arbeiterklasse in den folgenden Jahren zu blutigen Kämpfen. Dabei bedienten sich die SPD-Führer stets der heuchlerischen Parolen des Schutzes der Verfassung, der Notwendigkeit, "Ruhe und Ordnung" zu bewahren, um angeblich die Wirtschaft vor weiterem Verfall zu schützen und die Lebensmittelversorgung zu sichern. So tarnten und retteten die SPD-Führer die Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Die Politik der deutschen Bourgeoisie und ihrer Helfer, der

- 10 -

rechten Führer der SPD, wirkte sich immer verheerender auf die soziale Lage der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Schichten aus. Diese Politik gefährdete den Frieden und die Existenz der einheitlichen deutschen Nation. Die Folge waren revolutionäre Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

Angespornt zum revolutionären Kampf wurde die deutsche Arbeiterklasse auch durch das Erstarken der jungen Sowjetmacht.

Im Kampf gegen die reaktionäre Politik der deutschen Bourgeoisie erstarkte die KPD, "Die KPD kämpfte in dieser Periode an der Spitze der großen Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten für den Schutz der Lebensgrundlagen der Volksmassen und für die Verteidigung und Erweiterung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten."⁷ Der revolutionäre Kern der Partei war bemüht, sich fest mit den Massen zu verbinden. Dem wirkten kleinbürgerliche, linksradikale Elemente in der Parteiführung entgegen. Auf dem Höhepunkt der revolutionären Nachkriegskrise, im Herbst 1923, waren es besonders rechtsopportunistische Abweichungen, die der Partei und dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse Schaden zufügten.

Die Kommunistische Internationale und W. I. Lenin persönlich halfen der Führung der KPD immer wieder bei der ideologischen und organisatorischen Festigung der Partei.

⁵ Ebenda.

⁶ Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 68.

⁷ Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin o. J., S. 117.

An bestimmten Höhepunkten der Auseinandersetzungen zwischen Monopolbourgeoisie und Junkern einerseits und den Arbeitern und anderen werktätigen Schichten andererseits versuchte die KPD, die Aktionen der Arbeiterklasse in Kämpfe zum Sturz der Macht des deutschen Imperialismus überzuführen. Ein solcher Höhepunkt war der Versuch der reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus, im März 1920 durch den Kapp-Putsch die unverhüllte Militärdiktatur zu errichten, und die daraufhin einsetzenden Abwehrkämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

- 11 -

B Hauptteil

I. Die politische Situation und die wirtschaftliche Lage. der Arbeiterklasse, zu, Beginn des Jahres 1920

1. Die Angriffe der bürgerlichen Reaktion und der SPD-Führer auf die Rechte der Arbeiterklasse

a) Das reaktionäre Betriebsrätegesetz

Am 3. Januar 1920 schrieb die "Unabhängige Volkszeitung" in einer Betrachtung zum Jahr 1919: "Ein Jahr ohne Sozialisierung! Jetzt ist ein volles Jahr vergangen, aber geschehen ist nichts, was je nach Sozialismus aussehen könnte, im Gegenteil, sowohl politisch wie wirtschaftlich ist uns der Sozialismus weiter entrückt, als in den gleichen Tagen des Vorjahres. Die Regierung hat, obwohl sie selbst erst von den Arbeiter- und Soldatenräten eingesetzt worden war, die Durchführung des Rätekongrößbeschlusses (zur Sozialisierung - H.D.) mit Feuer und Schwert unterdrückt."⁸ Der Schreiber des Artikels verschwieg zwar, daß die rechten USPD-Führer an diesem Zustand ein gerüttelt Maß Schuld trugen. Ansonsten hatte er aber recht.

SPD-Regierung und bürgerliche Reaktion unternahmen zu Beginn des Jahres 1920 einen neuen Anschlag auf die Rechte der Arbeiterklasse. "Am 13. Januar 1920 sollte von der Nationalversammlung im Reichstagsgebäude das reaktionäre Betriebsrätegesetz durchgepeitscht werden, das den Betriebsräten ihr durch die Novemberrevolution und die Generalstreike vom Frühjahr 1919 erobertes Recht, Einsicht in alle Betriebsvorgänge und Produktionspläne zu nehmen, wieder rauben sollte."⁹ KPD, USPD und die Zentrale der Betriebsräte riefen am 12. Januar zur Durchführung von Protestdemonstrationen und -Versammlungen gegen das arbeiterfeindliche Gesetz auf und forderten, revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu erkämpfen. Am folgenden Tage ließ Noske von dem Arbeitermörder Lüttwitz die friedliche Demonstration Hunderttausender Berliner Arbeiter und Angestell-

- 12 -

ten zusammenschießen. 42 Tote und 105 Verwundete waren die Opfer. Das Betriebsrätegesetz wurde am 18. 1. 1920 von der Nationalversammlung mit 215 gegen 63 Stimmen der USPD und der DNVP angenommen. Nach diesem Gesetz hatten die Betriebsräte vorrangig folgende Aufgaben:

1. ..., die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen;
2. ... an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten;
3. ...den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren...¹⁰

Mit anderen Worten: Die Betriebsräte sollten den kapitalistischen Unternehmern den Profit sichern und erhöhen. Im ganzen Reich fanden Protestkundgebungen gegen das Betriebsrätegesetz statt.

b) Der Aufbau konterrevolutionärer militärischer Organisationen

Die revolutionsfeindliche, auf die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung orientierte Politik der SPD-Führung kam der Absicht der monarchistisch-militaristischen und der bürgerlich-reaktionären Kreise entgegen, die konterrevolutionären militärischen Kräfte zu stärken und auf die Beseitigung der letzten Errungenschaften der Novemberrevolution hinzuwirken. Die Ausführung auch dieser Arbeit besorgten weitgehendst SPD-Funktionäre und -Regierungen.

Schon am 18. März 1919 warb der sozialdemokratische sächsische Minister, "der Volksbeauftragte Neuring"¹¹ - so unterzeichnet er sein Schreiben - für die Auffüllung der Grenzjägerabteilungen, denn "der unserem Vaterland von außen und im Innern drohende Bolschewismus erfordert höchste Beschleunigung in der Aufstellung der Freiwilligen-Truppen".¹² Im Schreiben hieß es weiter: "Alle Kreise der Bevölkerung dürfen in dieser schweren Zeit in ihrer Bereitwilligkeit, mit Mut und Blut für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der (bürgerlich-kapitalistischen - H.D.) Ordnung und für die Rettung der noch verbliebenen Güter einzutreten, nicht zurückstehen. Es ist auch erwünscht,

⁸ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 2, vom 3. 1. 1920.

⁹ Koenen, Wilhelm, Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. IV (1962), Heft 2, S. 342.

¹⁰ Aus dem Betriebsrätegesetz vom 18. Januar 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 580.

¹¹ Stadtarchiv Pirna, B III - XVIII. 234. Bl. 20.

¹² Ebenda, Bl. 19.

-13-

daß die Schüler der oberen Schulklassen und Studenten, Söhne ländlicher Besitzer, junge Kaufleute sich zahlreich so bald wie möglich melden.“¹³ Das war die offizielle Aufforderung eines "sozialistischen" Ministers an die Jugend der Bourgeoisie, der Großbauern und Junker und an deklassierte und politisch blinde Proletariersöhne, das revolutionäre Proletariat militärisch niederzuhalten und - wie laufend praktiziert - niederzuschießen.

Der Rat der Stadt Pirna unterstützte die Werbung für die Bataillone der Arbeitermörder und schickte entsprechende Schreiben an Organisationen und Vereine Pirnas.¹⁴

Ebenfalls 1919 begann die Aufstellung der Einwohnerwehren.

Die Zentralstelle für Einwohnerwehren des Landesschutzes Sachsen beim Ministerium des Innern (Minister: Sozialdemokrat Uhlig) informierte in einer "Dienstanweisung für Einwohnerwehren: ... Die Einwohnerwehr bildet den Rückhalt für die kämpfende Regierungstruppe und übernimmt nach stattgefundenen Kämpfen die Sicherung der gesäuberten Spartakistennester, um die Regierungstruppen für andere Aufgaben frei zu machen."¹⁵ Für diese Bürgerkriegstruppe empfahl man die Werbung "von Mund zu Mund",¹⁶ denn "öffentliche Aufrufe und schriftliche Werbung sind meist ohne großen Erfolg".¹⁷ Noch zu beachten: "Die Parteizugehörigkeit spielt keine Rolle, Politik wird nicht getrieben."¹⁸ Die Einwohnerwehren konnten sich auch versichern. Die Versicherungsbeträge überwiesen sie an das "Bankgeschäft von der Heydt & Co., Berlin W 8, Aktion Hohenzollern"¹⁹

Am 10. Januar 1920 teilte der Leiter des Werbeamtes bei der Reichswehrbrigade XII, Graf Vitzthum, dem Bürgermeister zu Pirna mit, daß das Werbeamte Dresden beabsichtigt, "die Werbung von Reichswehrzeitfreiwilligen, die bisher noch nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat, auf eine breitere Grundlage zu stellen".²⁰ Gerade weil dem Grafen klar war, "daß die Einrichtung der Reichswehrzeitfreiwilligen voraussichtlich nur bis 5 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages bestehen ... soll, ... muß alles versucht werden, um der Reichswehr die erforderliche

-14-

Verstärkung durch die Zeitfreiwilligen gerade für die nächsten Monate, die eine Entscheidung in der inneren Entwicklung bringen können, noch zuzuführen".²¹

Die ausgebildeten Bürgerkriegsgardisten hatte man dann auch nach der von der Entente angeordneten und von den deutschen Imperialisten gefürchteten Demobilisierung parat, wußte man ja schon, dass zu diesem Zeitpunkt, "die Einrichtung der Reichswehrzeitfreiwilligen ... in die Organisation der Einwohnerwehren übergeleitet werden soll".²²

c) Reichswehr kontra Arbeiterklasse

Die Reichswehr erfüllte jedoch nicht nur militärische Aufgaben, sondern ließ durch die örtlichen Polizeiorgane Arbeiterversammlungen bespitzeln und sich über "das Stattfinden von Versammlungen, ... den Verlauf, ... Teilnehmerzahl, Personen und Anschrift der Redner, Thema, Stimmung, gefaßte Beschlüsse, ... über die Verteilung von Flugblättern usw."²³ berichten. So fordert es das Wehrkreiskommando IV am 14. 2. 1920 vom Rat der Stadt Pirna. In der Macht der Reichswehrgenerale lag es, die Presse der Arbeiterparteien zu verbieten. Dies traf besonders Zeitungen und Zeitschriften der KPD, aber auch der USPD. So verbot der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalmajor Maercker, am 8. 2. 1920 das Erscheinen der "Unabhängigen Volkszeitung" und der "Pirnaer Volkszeitung" für zehn Tage.²⁴

2. Nationalistische und chauvinistische Propaganda und Ausschreitungen

Angesichts der politischen Entmündigung der Arbeiterklasse durch die SPD-Führung und des Erstarkens der konterrevolutionären Bürgerkriegstruppen Reichswehr, Zeitfreiwillige und Einwohnerwehren wurden auch nationalistisch-chauvinistisch und monarchistisch gesinnte Kreise immer dreister.

In Langenhennersdorf betrieb Ende 1919 Sohn des Rittergutsbesizers eine üble Hetze. In den Pausen der Tanzvergnügen hielt er seine "Ansprachen" an die Jugend des Ortes. Er hetzte gegen Juden, Bolschewisten und gegen die USPD. "...Er hoffe, führte hierbei der Jüngling aus, daß

-15-

die hiesige Jugend noch nicht von dem Bolschewismus und der USP verseucht wäre, resp. verseucht werde ... weiter

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. ebenda, Bl. 20 f.

¹⁵ Stadtarchiv Pirna, B VIII - VII. 207. Nicht numeriert.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Stadtarchiv Pirna, B III - XVIII. 234. Bl. 136.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 11. Bl. 104.

²⁴ Vgl. Anlage Nr. 9.

hoffe er, daß die hiesige Jugend bei der großen kommenden Abrechnung mit ihm zum Gewehr greifen und sich hinter ihn stellen würde ... Hier wird es also offen gesagt, was die meisten nur denken, aber bereit sind, unbedenklich zu tun, nämlich Arbeiterblut zu vergießen."²⁵ Von den "Taten" der Langenhennersdorfer Einwohnerwehr wird später noch zu berichten sein.

Offen gegen Regierung und Verfassung trat in der 81. Sitzung der sächsischen Volkskammer²⁶ am 16. 1. 1920 der deutsch-nationale Abgeordnete Beutler auf: "Wir werden immer Monarchisten bleiben, und wir werden die jetzige Regierung beseitigen, das steht so fest, wie das Amen in der Kirche!"²⁷

Die Krone auf diese nationalistische und volksfeindliche Politik setzte man Anfang März, als ein Kreis "führender Männer und Frauen Deutschlands"²⁸ in den entsprechenden Zeitungen den kaiserlichen Generalfeldmarschall und eingefleischten Militaristen Hindenburg, dem der erste Weltkrieg bekanntlich wie eine Badekur bekommen war, als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft offerierte. Den Pirnaer Blutzoll von 448 Toten²⁹ zwischen 1914 und 1918 völlig ignorierend, pries der "Pirnaer Anzeiger" einen der Hauptkriegsverbrecher des ersten Weltkrieges: "Läßt sich doch sagen, daß in Hindenburg der Mann gefunden ist, der das Vertrauen des deutschen Volkes genießt wie kein zweiter. Man frage doch die Hunderttausenden, die er in seine siegreichen Schlachten führte, man frage die Millionen in der Heimat, deren Herd er vor der feindlichen Rach- und Raubgier beschirmte."³⁰

Aus einem Ereignis, von dem alle Zeitungen am 9. 3. 1920 berichteten, konnte man schlußfolgern, wie man später mit dem Generalfeldmarschall wieder die Völker regieren wollte. Ein Sproß des letzten deutschen Kaiserhauses, der Hohenzollernprinz Joachim Albrecht von Preußen, und Rittmeister Platen stürmten im Berliner Hotel Adlon auf drei Angehörige

- 16 -

der französischen Militärmission ein, weil sie sich beim Erklängen des von der Kapelle gespielten Liedes "Deutschland, Deutschland über alles" nicht von den Plätzen erhoben hatten. "Den französischen Herren, die Zivil trugen, waren teilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Quetschungen, Beulen und Schnittwunden davongetragen."³¹

Mit der nationalistischen und chauvinistischen Propaganda bezweckten diese Kreise, den Klassenkampf im Innern des Landes zu vermindern und damit ihre Herrschaft zu erhalten. Die Schuld der deutschen Kapitalisten an den wirtschaftlichen Mißständen im Land sollte auf die "Feindländer" abgeschoben werden.

3. Das Erstarken der KPD

a) Die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Reich und in Pirna

Dem Sammeln und Wachsen der Kräfte der Konterrevolution sah die Arbeiterklasse nicht tatenlos zu. Im deutschen Proletariat ging ein beträchtlicher Entwicklungsprozeß vor sich. Großen Einfluß hierauf übte der heldenhafte Kampf Sowjetrußlands sowie das Wirken der Kommunistischen Internationale aus. Viele Arbeiter erkannten den verhängnisvollen Weg der SPD-Politik, der zur Aufrechterhaltung und Festigung der Macht der Militaristen und Monopolisten und zur wiederholten blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse geführt hatte. Sie trennten sich von der SPD und schlossen sich der KPD oder der USPD an.

Die Pirnaer SPD-Ortsgruppe war schon Mitte des Jahres 1917 fast vollständig zur USPD übergetreten.³² Deshalb erschien ab 1918 die "Pirnaer Volkszeitung" auch nicht mehr als Organ der SPD, sondern der USPD. Genosse Richard Horx, etwa ab Januar 1920 Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Pirna, bestätigte die Auffassung, daß die USPD auch 1920 noch den bedeutendsten Einfluß unter den Arbeitern der Stadt Pirna besaß.³³

b) Die KPD in Pirna und Copitz

Die am 15. 1. 1919 gegründete Pirnaer Ortsgruppe der KPD³⁴ war inzwischen auf 80 - 100 Mitglieder angewachsen.³⁵ Um

-17 -

die Jahreswende 1919/20 gab es auch in der Pirnaer Ortsgruppe heftige Auseinandersetzungen über die vom 2.

²⁵ „Unabhängige Volkszeitung“, Nr. 2, vom 3. 1. 1920.

²⁶ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 14, vom 18. 1. 1920.

²⁷ Ebenda.

²⁸ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 56, vom 9. 3. 1920.

²⁹ Vgl. Beiträge zur Heimatgeschichte des Kreises Pirna, I. Teil, bearbeitet und herausgegeben von der Fachkommission Geschichte unter Leitung von Gerhard Mädler, in: Der pädagogische Berater, Nr. 21, Pirna 1957, S. 45.

³⁰ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 56, vom 9. 3. 1920.

³¹ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 56, vom 9. 3. 1920.

³² Vgl. Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne über Pirna, Ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution (Rote Fahne ...), o. O. u. J., S. 12.

³³ Vgl. Bericht des Genossen Horx.

³⁴ Vgl. Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne ..., o. O. u. J., S. 4-9.

³⁵ Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

Parteitag der KPD (20. - 23. Oktober 1919) beschlossenen "Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik", die "Leitsätze über den Parlamentarismus" und die "Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage". Die Pirnaer Parteiorganisation überwand in harten Auseinandersetzungen endgültig die linksradikalen Positionen Otto Rühles, der z. B. in der Stadt Dresden großen Einfluß besaß, und stellte sich auf die proletarischen Klassenpositionen der Parteizentrale.³⁶ Eine Ortsgruppe der KAPD entstand dann allerdings auch in Pirna. Diese erlangte aber keinen bedeutenden Einfluß. Die Entwicklung der Pirnaer KPD-Ortsgruppe war schon damals mit den Namen besonders später sehr bekannt gewordener vorbildlicher Kommunisten eng verknüpft: Genosse Siegfried Rädels, damals Arbeiter bei der Fa. Küttner und leitender Funktionär der KPD im Pirnaer Raum, Genosse Rudolf Renner, hauptamtlicher Parteiarbeiter und Genosse Fritz Heckert, Ersatzmitglied der Zentrale der KPD, der oft vom "benachbarten" Chemnitz nach Pirna kam und den Pirnaer Genossen im Verstehen und Durchsetzen der Parteipolitik und im Kampf gegen die gefährlichen linken Abweichungen half.³⁷

In Pirna und Copitz hatten Mitglieder der KPD in den Gemeindevertretungen mehrere Mandate inne. Am 9. 2. 1919 waren zu den Stadtverordnetenwahlen in Pirna von 30 Abgeordneten sieben USPD-Abgeordnete gewählt worden.³⁸ Vier von ihnen, die Genossen Emil Schlegel, Maximilian Thalheim, Karl Winkler und Genossin Anna Winkler gehörten inzwischen der KPD an. Die SPD verfügte über fünf Abgeordnete.³⁹ Copitz entschied sich 1919 noch eindeutiger für die Abgeordneten der USPD. Von 18 Mandaten in der Gemeindevertreterversammlung erhielt die USPD sieben, die SPD drei.⁴⁰

Von den sieben USPD-Abgeordneten gehörten inzwischen fünf, die Genossen Paul Seidenglanz, Willy Haak, Theodor Hübner, August Kasper und Genossin Hedwig Schäfer der KPD (Ortsgruppe Copitz) an.⁴¹ Pirna war das Zentrum der Parteiarbeit für den ostsächsischen Raum. Die Pirnaer Genossen

-18-

der KPD, besonders ihre leitenden Funktionäre, die Genossen Rädels, Renner, Winkler und andere, waren oft im ostsächsischen Raum unterwegs, gründeten neue Partei-Zellen, halfen den Parteigruppen, die ersten Schritte zu gehen und traten 1920 besonders den Spalterbestrebungen der sich entwickelnden KAPD entgegen.⁴²

e) Der Arbeiterrat unter Führung der KPD

Daß die junge KPD schon feste Positionen in der Arbeiterschaft besaß, bringt auch die Zusammensetzung des für die Amtshauptmannschaft Pirna noch bestehenden Aktionsausschusses des Arbeiterrates zum Ausdruck. Ihm gehörten die KPD-Genossen Emil Schlegel (Vorsitzender), Karl Winkler, Paul Seidenglanz, Martin Schäfer und der USPD-Genosse Wehner an.⁴³

Einem Arbeitsplan (besser wäre die Bezeichnung "Plan der Aufgabenverteilung") des Arbeiterrates von Ende 1919 / Anfang 1920 entnehmen wir, daß sich die einzelnen Mitglieder u. a. mit folgenden Aufgaben beschäftigten: "Überwachung der Betriebe in Bezug auf die Einhaltung des gesetzlichen Achtstundentages, des Lehrlingswesens, der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, ... Kontrolle der Höchstpreise, bzw. Einhaltung derselben, Untersuchung und Abstellung eingegangener und geprüfter Beschwerden an Ort und Stelle, ... Vertretung bei den Gerichten und in Stellvertretung bei Behörden, ... Beobachtung gemeldeter Schieber und Schleichhändler ..." ⁴⁴ Genosse Schäfer beschäftigte sich speziell mit Problemen der Erwerbslosen. Die Mitglieder des Arbeiterrates gehörten verschiedenen Kommissionen der Amtshauptmannschaft an.⁴⁵ Die Aufgaben des Arbeiterrates entsprachen dem, was die verräterische SPD-Politik den von den revolutionären Arbeitern und Soldaten gewählten Revolutionsorganen noch belassen hatte. Obwohl der Rat der Stadt Pirna seit 1. 8. 1919 in einer Vielzahl von Eingaben an die Amtshauptmannschaft, die Kreishauptmannschaft und die Landesregierung gegen die Existenz und die Besoldung des Arbeiterrates opponierte,⁴⁶ konnten die Ratsherren doch nicht verhindern, daß der Arbeiterrat noch existierte und die

10

fünf Mitglieder des Aktionsausschusses
des Arbeiterrates- staatlicherseits noch, bezahlt werden mußten.⁴⁷

³⁶ Vgl. Bericht des Genossen Horx.

³⁷ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

³⁸ Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. O. u. J., S. 21.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 20.

⁴⁰ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B VIII - IV. 342. Bl. 81.

⁴¹ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

⁴² "Der Kommunist" berichtet in Nr. 22, im Mai 1920, und in Nr. 31, Anfang August 1920, vom Auftreten der Genossen Winkler und Renner in Sebnitz und des Genossen Winkler in Mulda, Brand-Erbisdorf und Freiberg gegen die Parteispaltung durch die KAPD.

⁴³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXXI. 01. Bl. 111.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Vgl. ebenda.

⁴⁶ Vgl. ebenda, Bl. 102.

⁴⁷ Vgl. ebenda, Bl. 104.

4. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft

Die unermüdliche Aufklärungsarbeit der KPD über Weg und Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse wurde 1920 auch durch die weiterhin miserable Lebenslage der Werktätigen begünstigt. Die inflationistische Entwicklung war 1920 bereits in vollem Gange. Die Preise stiegen laufend, der Kampf um höhere Löhne mußte fortwährend geführt werden. Nachstehend einige Preise vom März 1920:

1 cbm Gas 0,90 M. (ab 1. 4. 1920) ⁴⁹	1 kwh Lichtstrom 1,75 M. (ab 1. 1920) ⁴⁸	März 1920:
Markt- und Verkaufspreise für den 13.		
Erbsen 4,00 bis 6,00 M.	Weißkraut 1,00 bis 1,20 M.	
Bohnen 4,50 bis 6,00 M.	Zwiebeln 2,20 bis 3,50 M.	
Linsen 6,00 bis 8,00 M.	1 Ei 1,20 bis 1,60 M. ⁵⁰	
Butter 14,80 M. ⁵¹	Bohnenmehl 4,50 M. ⁵²	
Margarine 8,43 M. ⁵³	Quark 3,00 M. ⁵⁴	

(Preise jeweils für ein Pfund, außer bei Eiern.)

Die für die Versorgung der Bevölkerung freigegebenen Lebensmittel wurden in kleinsten Portionen für den Verkauf bereitgestellt. In den Märzangaben des "Pirnaer Anzeigers" finden wir Meldungen über die Freigabe von 150 Gramm Margarine, 90 Gramm Margarine, 150 Gramm Quark, 75 Gramm Quark, 150 Gramm Bohnenmehl, 50 Gramm Kokosfett u. a. m.⁵⁵

Fleisch (oder Wurst) gab es im März 1920 pro Person wöchentlich 125 bis 175 Gramm. Kinder unter sechs Jahren erhielten die Hälfte.⁵⁶

Angesichts dieser schlechten Ernährungslage blühte der Schwarzhandel, der auch offiziell betrieben werden konnte. Für ein Pfund Kokosfett auf Zuteilung bezahlte man 12,23 M.,⁵⁷ allerdings wurden beispielsweise am 6. 3. 1920 nur 50 Gramm pro Person freigegeben. Wollte man mehr kaufen, könnte man es sich von Herrn Braunwarth aus Darmstadt 10 -40 pfundweise zu 26,00 M. das Pfund schicken lassen!⁵⁸ Der notleidenden Bevölkerung wurden Nahrungsmittel und andere Güter in großer Menge entzogen. Die Waren flossen

-20-

auf den Schwarzen Markt oder durch dunkle Kanäle ins Ausland.⁵⁹

Die äußerst mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die ständigen Preiserhöhungen und Kürzungen der Rationen veranlaßten auch den Amtshauptmann von Thümmel zu entsprechenden Berichten an die Landesregierung: 14. 2. 1920: "Kürzung der Brotration (Ab 9. 2. gab es täglich nur noch 200 Gramm Mehl bzw. 270 Gramm Brot - H. D.) außerordentlich verbitternd, Brotgetreideablieferungen lassen merklich nach, ... Aussichten für Kartoffelversorgung im Frühjahr sehr schlecht, ... Eingänge an Nahrungsmitteln trotz aller Vorstellungen so gering, daß geordnete Versorgungen nicht möglich; Bevölkerung in starker Erregung ...

Trotz vermehrter Lieferung von Hausbrandkohlen in letzter Zeit ist Bedarf bei weitem noch nicht gedeckt."⁶⁰

17. 3. 1920: "... nicht möglich, Kleingewerbe auch nur zu 1/10 des Bedarfs" an Kohlen zu versorgen.⁶¹

Den hohen Preisen seien hier einige Löhne gegenübergestellt: ab 1. 3. 1920 betragen die Stundenlöhne der städtischen Arbeiter Pirnas:⁶²

⁴⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Stadtverordneten, 1920/I, Bl. 251.

⁴⁹ Vgl. ebenda, Bl. 285.

⁵⁰ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 61, vom 14. 3. 1920.

⁵¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXII. 847. Nicht numeriert.

⁵² Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 54-, vom 6, 5. 1920.

⁵³ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 65, vom 19. 3. 1920.

⁵⁴ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 58, vom 11. 3. 1920.

⁵⁵ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", verschiedene Ausgaben vom März 1920.

⁵⁶ In der Stadt Pirna gelangten im März 1920 pro Person folgende Mengen Fleisch (oder Wurst) zur Verteilung:

1. Woche: 175 Gramm Gefrierindfleisch, 5,50 M. je Pfund,
 2. Woche: 125 Gramm Gefrierindfleisch, 11,80 M. je Pfund, (Vgl. Anlage Nr. 5),
 3. Woche: 125 Gramm: Frischfisch,
 4. Woche: 150 Gramm Pökelfleisch, 7,35 M.. je Pfund,
- "Pirnaer Anzeiger", Nr. 53, vom 5. 3. 1920;
 Nr. 59, vom 12. 3. 1920;
 Nr. 65, vom 19. 3. 1920 und
 Nr. 70, vom 25. 3. 1920.

⁵⁷ Vgl. Anlage Nr. 6.

⁵⁸ Vgl. Anlage Nr. 7.

⁵⁹ Zwei Meldungen von vielen dieser Art: "Pirnaer Anzeiger" vom 13. 1. 1920: "Große Fleischschiebung": In Köln wurden 28 Eisenbahnwaggons mit Fleisch beschlagnahmt. Einer der Schieber, ein Hamburger Fleischer, wurde verhaftet. "Pirnaer Anzeiger" vom 20. 3. 1920: In Neustadt an der Weinstraße wurden 50 bis 60 Eisenbahnwagen Bauholz beschlagnahmt. Es sollte ins Ausland verschoben werden.

⁶⁰ Staatsarchiv Dresden, Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Bl. 79.

⁶¹ Vgl. ebenda, Bl. 80.

⁶² Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Stadtverordneten, 1920/I, Bl. 356.

	über 21 Jahre	18-21 Jahre	Unter 18 Jahre
Handwerker	3,50 M	3,30 M	3,10 M
Angelernte Arbeiter	3,35 M	3,15 M	2,95 M
Ungelernte Arbeiter	3,20 M	3,00 M	2,80 M
Arbeiterinnen	2,20 M	2,00 M	1,80 M

Dabei waren das offenbar noch relativ günstige Löhne, denn am 12. 5. 1920 klagte die "Unabhängige Volkszeitung" den Knopffabrikanten Schönbach aus Pirna an, da er einer Arbeiterin nur einen Höchststundenlohn von 1,20 M. zahlte, während der tarifliche Mindeststundenlohn 1,70 M. betrug.

Am 12. März 1920 veröffentlichte die "Unabhängige Volkszeitung" eine Berechnung von Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, wonach die wöchentlichen Ausgaben zur Deckung des Existenzminimums vom Februar 1914 bis zum Februar 1920 im Haushalt eines Ehepaares mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 256,00 M., d. h. auf das 8 - 9fache gestiegen waren. Der Tagesverdienst dieser Fa-

- 21 -

milie müßte also 43,00 M. betragen. Die Löhne seien in den sechs Jahren höchstens auf das 4 - 5fache gestiegen, behauptete Dr. Kuczynski.

Nach dieser Berechnung verdiente der gelernte städtische Gas-, Elektrizitäts- oder Bauhofsarbeiter täglich schon 15.- M. unter dem Existenzminimum, die 405 Arbeitslosen⁶³ aber, die es im März in der Stadt Pirna gab, erhielten noch bedeutend weniger. Nachstehend die ab 1. März in Pirna pro Werktag gezahlten Unterstützungssätze für die Erwerbslosen:

Männer über 21 Jahre bis zu 8,00 M.

Männer unter 21 Jahren bis zu 6,00 M.

Frauen über 21 Jahre bis zu 5,25 M.

Frauen unter 21 Jahren bis zu 4,00 M.

1,00 M. weniger erhielt, wer nicht einem Haushalt vorstand, sondern nur Angehöriger einer Familie war.

Der Ehegattenzuschlag betrug 2,50 M., für jedes Kind gab es 1,75 M. täglich.⁶⁴

Die Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren machten deutlich, daß weder die Bourgeoisie noch ihre rosaroten Helfer im Ministerrock die deutschen Dinge so regeln konnten, daß das Leben der Werktätigen besser wurde und ein deutscher Staat entstand, der bemüht war, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben.

Die deutsche Konterrevolution strebte zur Militärdiktatur. Die deutsche Konterrevolution wollte zuerst das revolutionäre Proletariat im eigenen Land niederschlagen, um dann ihre außenpolitischen Vorhaben durchsetzen zu können.

Die Imperialisten-Militaristen wollten stärker als bisher an den Feldzügen gegen die junge Sowjetmacht teilnehmen. Hatten doch die Baltikumer, ein reaktionäres Freikorps unter Führung nationalistischer Offiziere, gemeinsam mit den weißgardistischen Verbänden gegen die Sowjetmacht gekämpft und zeitweise in den baltischen Ländern ein Terrorregime errichtet

Die reaktionären Kreise Deutschlands bemühten sich, durch

-22 -

Verhandlungen von den Mächten der Entente Lockerungen in Bezug auf den Friedensvertrag zu erreichen. Größten Schmerz bereitete den deutschen Militaristen die von der Entente angewiesene Verminderung der Truppenstärke von etwa 450 000 Mann auf 200 000 Mann bis zum 10. 4. 1920 und auf 100 000 Mann bis zum 10. 7. 1920.⁶⁵

Das öffentliche Verhalten gegenüber den Mächten und Völkern der Entente wurde nach wie vor durch Gehässigkeit und Revanchismus bestimmt. Der übliche Sprachgebrauch der bürgerlichen und SPD-Zeitungen zur Bezeichnung der Entente war "Feind", "Feindländer", "Feindlandkommission" usw.

Zur Verwirklichung dieser Ziele - Niederschlagung des eigenen Proletariats, Kampf gegen Sowjetrußland, härtere Sprache mit der Entente - forderte der einflußreichste Monopolist dieser Zeit, Hugo Stinnes, in einem Brief vom 23. 1. 1920 an den Minister für Wiederaufbau, Otto Gessler: "Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet. Auch England und Frankreich taten das. Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hoch kommen."⁶⁶ Stinnes meinte hier offensichtlich die Lebensgefahr, in der sich die kapitalistische Ordnung befand, nicht Deutschland. Das war der Ruf der reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus nach dem starken Mann 1920.

⁶³ Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. 0. u. J., S. 117.

⁶⁴ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten dar Stadtverordneten, 1920/II, Bl. 12, Bl. 305.

⁶⁵ Vgl. Rathmann, Lothar, Märzstürme 1920, der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin 1954, S. 13 und Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Berlin 1960, S. 12.

⁶⁶ Brief Hugo Stinnes' an den Minister für Wiederaufbau Otto Gessler vom 23. Januar 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 582.

6. Revolutionäre Propaganda und Entlarvung der Putschvorbereitungen durch die KPD

Sich der ständigen Angriffe von rechts zu erwehren und immer politisch-ideologisch in der Offensive zu sein, war schwer für die junge KPD. Unter den Arbeitern war nur wenigen der marxistisch-leninistische Weg zum Sozialismus bekannt. Zu sehr vernebelte die Bourgeoisie- und SPD-Presse die Proletariiergehirne. Unermüdlich arbeiteten die KPD-Genossen und nutzten jede Möglichkeit, Klarheit in den eigenen Reihen und in den Köpfen der Arbeiter zu schaffen. So fanden anlässlich des 1. Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg allorts große Kundge-

- 23 -

bungen statt. In Pirna sprach der bekannte Chemnitzer KPD-Genosse Robert Siewert.⁶⁷ Er rief die Versammelten auf, in Erfüllung des Vermächtnisses der großen Toten für den wissenschaftlichen Sozialismus einzutreten.⁶⁸

Auf die immer offener auftretende Konterrevolution wies die KPD wiederholt hin. Noch am 12. März 1920 schrieb die "Rote Fahne", daß die militärische Gegenrevolution im raschen Vordringen begriffen sei und daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich auf überraschende Aktionen der militärischen Gegenrevolution gefaßt machen müßte. Wie kein andere Arbeiterpartei entlarvte die KPD die Taktik der Reaktion: "Die militärische Gegenrevolution arbeitet sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die demokratische Verfassung bietet, vorwärts. Sie rechnet darauf, in den kommenden Reichstagswahlen sowie in der Präsidentenwahl einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun."⁶⁹ Trotzdem "wäre es jedoch eine grobe Täuschung, zu glauben, daß damit die Mittel der Gewalt für sie ausscheiden.

Gleichzeitig mit der Propaganda und Vorarbeit auf sogenanntem demokratischen Weg geht Hand in Hand die systematische Vorbereitung von Pogromen und Putschen größten Stils."⁷⁰ Genosse Robert Klett schreibt, daß die Pirnaer Genossen vor allen Dingen durch die in Chemnitz erscheinende Tageszeitung der KPD, "Der Kämpfer", auf die "Anzeichen einer geplanten Aktion der Konterrevolution"⁷¹ hingewiesen wurden. In Pirna schon vor Ausbruch des Kapp-Putsches entscheidende Gegenaktion einzuleiten, scheiterte an den SPD-hörigen Führern im Gewerkschaftskartell Pirna – Heidenau. Bis zuletzt traten die Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Aktionseinheit auf. Versammlungen bei Hoesch (Zellstoffwerk) und Krause und Baumann (Papierfabrik Heidenau) z. B., die auf die Herstellung der Aktionseinheit zielten, wurden von rechten Führern des Fabrikarbeiterverbandes sabotiert. Dem Bericht des Genossen Klett ist zu entnehmen, daß die KPD in Pirna noch wenige Tage vor dem Putsch vier öffentliche, sehr gut besuchte Versammlungen - im Feldschlößchen, im Carolabad, in der Tan-

-14-

ne und im Volkshaus durchführte. Genosse Rädcl habe auf allen vier Versammlungen gesprochen, um den gemeinsamen Abwehrkampf gegen die blindwütige Reaktion aufzunehmen. Auf diesen Versammlungen seien bereits Vorschläge für Aktionsausschüsse und die Bewaffnung der Arbeiter gefordert worden, um die drohende Gefahr abwenden zu können.⁷²

II. Der Beginn des Kapp-Putsches.

1. Die unmittelbaren militärischen und politischen Vorbereitungen

Die führenden militärischen Kreise, die unmittelbar an einer Beseitigung der demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution, an einem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung und an der Wiedererrichtung des alten preußischen Beamtenstaates interessiert waren, hatten sich im Sommer 1919 in der Nationalen Vereinigung zusammengeschlossen.

Gründer war Hauptmann Waldemar Papst, einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Die Nationale Vereinigung stand in Verbindung zum Nationalklub, dem unter anderen die Großindustriellen Borsig, Kirdorf, Stinnes, Militaristen wie Ludendorff und solche reaktionären Politiker wie Hugenberg angehörten.

2. Die Putschisten schlugen los

Zum Anlaß des Putsches nahmen die Verschwörer die von Gustav Noske auf die Forderungen der Entente hin verfügte Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld. Zunächst versuchte Lüttwitz, die Regierung durch ein am 10. März 1920 gestelltes Ultimatum zu erpressen. Als den Forderungen nicht stattgegeben wurde, zog in den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 die berüchtigte Marinebrigade Ehrhardt unter schwarz-weiß-roten Fahnen mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm in die deutsche Hauptstadt ein und besetzte das Regierungsviertel. Generalmajor Hans von Seeckt,

⁶⁷ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 1, vom 2. 1. 1920.

⁶⁸ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 13, vom 17. 1. 1920.

⁶⁹ Mitteilungen der Zentrale der KPD vom 10. März 1920 über die Aufgaben der Parteiorganisationen, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Dokumente ...), Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 206.

⁷⁰ Ebenda, S. 207.

⁷¹ Archiv der SED-Kreisleitung Pirna, Bericht des Genossen Klett.

⁷² Vgl. ebenda.

-25-

der Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, weigerte sich, die ihm unterstehenden Reichswehrtruppen gegen die Meuterer einzusetzen. Seeckt wollte keinen Kampf innerhalb der Reichswehr. Er befürchtete deren Zersplitterung, so daß sie dann der revolutionären Bewegung nicht mehr gewachsen wäre.

Die Abendausgabe des "Dresdner Anzeigers" vom 13. März mußte aus Berlin zu berichten: "Die Stimmung unter den Mannschaften der Regierungstruppen, die im allgemeinen nicht wußten, zu welchem Zweck sie alarmiert waren, ging im allgemeinen dahin, daß sie zwar gegen jeden Aufstand von links sich energisch zur Wehr setzen würden, daß sie dagegen nur sehr zögernd oder überhaupt nicht gegen Truppen kämpfen würden, die von rechts geführt werden und die sie als Kameraden betrachten."

Feige floh die Regierung über Dresden nach Stuttgart. Der (Ost- H.J.)preußische Generallandschaftsdirektor Kapp erklärte am 13. März die Regierung für abgesetzt, die Nationalversammlung für aufgelöst, er ernannte sich zum Reichskanzler des Deutschen Reiches und zum Ministerpräsidenten von Preußen und den Freiherrn von Lüttwitz zum militärischen Oberbefehlshaber und Reichswehrminister. Die Bildung einer neuen "Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat"⁷³ wurde angekündigt.

3. Zustimmung beim „Pirnaer Anzeiger“

Freudig begrüßten und förderten die Blätter der Deutsch-Nationalen den reaktionären Umsturz. Der "Pirnaer Anzeiger" brachte die Kundgebung Kapps noch am 13. März in einem Sonderblatt groß heraus.⁷⁴ Die Sonntag-Ausgabe vom 14. März veröffentlichte wiederum an erster Stelle die Kundgebung Kapps und wertete sie als "Ereignis der sensationellsten Art".⁷⁵ "Dr. Kapp", wurde gepriesen, denn er "spielte schon seit Jahren im wirtschaftlichen und politischen Leben der Provinz Königsberg eine hervorragende Rolle".⁷⁶ Weiter wurde erklärt, daß "das Fortbestehen" der bisherigen Regierung "den Wünschen weiter Kreise des deutschen Volkes widerspricht."⁷⁷ Mit den "weiten Kreisen" meinte der "Pirnaer

-26 -

Anzeiger" allerdings nicht das Proletariat, das die Regierung häufig ihrer Arbeiterfeindlichkeit wegen kritisierte, sondern die ganz rechts stehenden Kreise, denen jede - und sei es auch noch so kleine - demokratische Errungenschaft der Revolution samt den sozialdemokratischen Ministern ein Dorn im Auge war.

4. Die Ziele des Putsches und das Programm Kapps

Kapp und seine Verschwörer wollten den Willen der reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus vollziehen, "mit Waffengewalt die bürgerlich-demokratische Republik zu beseitigen, die Errungenschaften der Novemberrevolution zu liquidieren, die Arbeiterklasse blutig niederzuwerfen und eine Militärdiktatur zu errichten".⁷⁸

Den außenpolitischen Aspekt formulierte Kapps Kriegsminister, Lüttwitz. Er sagte, daß der "Kampf gegen den Bolschewismus ein Hauptgrund der ganzen Bewegung sei".⁷⁹

Dies wurde teils offen, teils versteckt ausgeplaudert. Der "Pirnaer Anzeiger" berichtet das seinen Lesern so:

"Das neue Programm

Berlin, 13. März. In einer längeren Kundgebung stellt der Reichskanzler Kapp ... die Wiedererrichtung einer starken Staatsgewalt als das Programm der neuen Regierung auf. Deutsche Ehre und Ehrlichkeit soll wiederhergestellt werden. Die Regierung wird ... dem Grundbesitz die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben, ... Streik und Sabotage rücksichtslos unterdrücken ... Die Farben der deutschen Republik sind schwarz-weiß-rot."⁸⁰

III. Die Haltung der rechten SPD-Führer zu Beginn des Kapp-Putsches

1. Revolutionäre Aufrufe aus Berlin und Dresden

Jetzt war das Wirklichkeit geworden, wovor die Zentrale der KPD schon Ende Januar 1920 gewarnt hatte. Die "Gegenrevolution ... droht nicht nur das revolutionäre Proletariat zu zermalmen. Den Mehrheitssozialisten, die heute noch Regierung von Reaktions Gnaden spielen dürfen, droht

- 27 -

⁷³ Kundgebung Wolfgang Kapps und des General von Lüttwitz vom 13. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 583.

⁷⁴ Vgl. Anlage Nr. 15.

⁷⁵ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 61, vom 14. 3. 1920.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, Berlin 1966, S. 82 f.

⁷⁹ Zitiert bei: Weber, Stefan, Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Jg. (1959), Heft 4, S. 816.

⁸⁰ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 61, vom 14. J. 1920.

das gleiche Schicksal“.⁸¹

Das "Zermalmen" der Arbeiter hatte die SPD-Führer noch nie besonders beunruhigt, im Gegenteil, solche schmutzigen Geschäfte hatten sie laufend in Auftrag gegeben. Aber sie selbst wollten nicht zermalmt werden, ihre Ministersessel waren ihnen etwas wert. Doch ohne die Arbeiter konnten sie ihre Posten nicht gegen die Angriffe der Kapp und Lüttwitz verteidigen. Deshalb erließen SPD-Regierung und -Parteivorstand am 13. März einen Aufruf zum "Generalstreik auf der ganzen Linie!".⁸² "Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik!"⁸³ rief man den Bürgern, Arbeitern und Genossen zu. Einen ähnlichen Aufruf erließ die sächsische Regierung, den der "Pirnaer Anzeiger" in seiner Ausgabe vom 14. März auf Seite 2 versteckte.⁸⁴

2. In Dresden: Reichswehr und SPD-Führer Hand in Hand - gegen die Arbeiter!

Für den Verlauf des Kapp-Putsches in den verschiedensten Gebieten Deutschlands war besonders das Verhalten der Reichswehr ausschlaggebend. Der für Sachsen verantwortliche Leiter des Wehrkreises IV, General Maercker, bekannte sich in Worten nicht zur Regierung Kapp, ihm erschien die Zeit für einen reaktionären Umsturz noch nicht reif genug. Gegenüber dem sächsischen Ministerpräsidenten lehnte er es aber auch ab, sich gegen Kapp und für die bisherige Regierung zu erklären.⁸⁵ Seine Handlungen unterstützten eindeutig die Putschisten. Noch am 13. März erließ er einen Aufruf, "das Wirtschaftsleben nicht durch Streiks oder Tumulte irgendwelcher Art zu stören".⁸⁶ Den SPD-Aufruf zum Generalstreik erklärte Maercker als "unrichtig". Unmißverständlich drohte Maercker: "Pflichtgemäß werde ich alle Versuche, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder lebenswichtige Betriebe lahmzulegen, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln verhindern."⁸⁷ Diesem Wort folgte die Tat. Am Montag befahl General Müller, Maerckers Stellvertreter, die auf dem Postplatz demonstrierenden Dresdner zu überfallen.

-28-

Der sozialdemokratische sächsische Ministerpräsident, Dr. Gradnauer, billigte die blutige Provokation gegenüber der Arbeiterschaft, die den SPD-Aufruf befolgte, indem sie streikte, demonstrierte und die Republik schützte. Die Blutopfer der Dresdner: 59 Tote und über 200 Verwundete.⁸⁸

IV. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

1. Die KPD stellte sich an die Spitze des Kampfes

Die Kommunistische Partei Deutschlands erwies sich auch in den Tagen des Kapp-Putsches als die einzige Arbeiterpartei, die den spontan einsetzenden Abwehraktionen der Arbeiterklasse das Ziel wies und die Methoden des Kampfes aufzeigte.

Im Aufruf der Zentrale der KPD vom 14. März 1920 hieß es: "Die allgemeinen Losungen des Kampfes gegen die Militärdiktatur sind:

Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie!

Alle Macht den Arbeiterräten!

Eure nächsten Forderungen sind:

Sofortiger Rücktritt der Regierung Kapp-Lüttwitz, Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehren, der Zeitfreiwilligen. Sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie. Bildung einer revolutionären, zuverlässigen Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte. Freilassung aller politischen Gefangenen."⁸⁹

Klare Anweisungen enthielt der Aufruf für die Führung des Kampfes:

"Zur Eröffnung des Kampfes führt der Generalstreik. Zur Führung des Kampfes formiert euch sogleich zu Betriebsräten. Schließt die Betriebsräte zusammen zu Arbeiterräten, zu Vollversammlungen, die den Kampf leiten. In

den Arbeiterräten schafft euch wieder Organe,

-29-

durch die ihr euren gemeinsamen Willen feststellen und gemeinsame Aktionen führen könnt."⁹⁰

Mit dem Aufruf vom 14.3. korrigierte die Parteiführung ihre Auffassung vom Vortag, als eine Mehrheit ihrer

⁸¹ Aufruf der Zentrale der KPD von Ende Januar 1920 zur Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren und zur Bewaffnung der revolutionären Arbeiter, in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 182.

⁸² Vgl. Anlage Nr. 10.

⁸³ Vgl. ebenda.

⁸⁴ Vgl. Anlage Nr. 11.

⁸⁵ Vgl. Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960, S. 17.

⁸⁶ Ebenda, S. 19.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 63. vom 17. 3. 1920.

⁸⁹ Aufruf der KPD vom 14. März 1920 zum Kampf für den Sturz der Kapp-Lüttwitz, die Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen und die Bildung von Arbeiterwehren unter Kontrolle der Arbeiterräte, in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 217.

⁹⁰ Ebenda, S. 216.

Mitglieder geglaubt hatte, die Arbeiterklasse sei „in diesem Augenblick nicht aktionsfähig“,⁹¹ und die Arbeiterklasse werde erst den Kampf aufnehmen, „wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird.“⁹²

Dem war nicht so, überall erhob sich die Arbeiterklasse gegen die Kapp -Putschisten, und mit richtigen Losungen trat die KPD an die Spitze des Kampfes.

2. Der Kampf der Pirnaer Arbeiterschaft unter Führung der KPD gegen den Kapp-Putsch

a) Verhandlungen, erste Kundgebungen in Mügeln und Pirna und die Bildung von Aktionsausschüssen

Im Verlauf des Sonnabends, des 13. 3. 1920, wurde den Arbeitern, den Partei- und Gewerkschaftsleitungen im Bezirk Pirna der Putsch bekannt. In Mügeln kam es noch am Sonnabend zu Verhandlungen "zwischen den drei Parteien",⁹³ gemeint sind höchstwahrscheinlich SPD, USPD und KPD (Das Gewerkschaftskartell dürfte auch Verhandlungspartner gewesen sein.), "zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen ein eventuelles Übergreifen der Reaktion auf Sachsen",⁹⁴ wie die "Dresdner Volkszeitung" das Ziel der Verhandlungen bezeichnete.

Die Vertreter der USPD und KPD einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Kapp -Putsch.⁹⁵ Am Sonntagnachmittag veranstalteten beide Parteien vor dem Mügelner Rathaus eine Demonstrationsversammlung. Diese Kundgebung wurde geleitet durch den Leiter der USPD im Kreise Pirna und Geschäftsführer der "Pirnaer Volkszeitung", Genossen Johannes Scnirmer. Hier wurde der eintägige Generalstreik für den Bezirk Pirna proklamiert.⁹⁶

Ebenfalls am Sonntag fand 18. Uhr im Volkshaus Pirna eine kurze Versammlung statt, wo die Parolen ausgegeben

-30-

wurden: Generalstreik und Entwaffnung der Einwohnerwehren.⁹⁷ Auf beiden Sonntag-Veranstaltungen war auf die groß« Versammlung hingewiesen worden, die am Montagvormittag im Pirnaer Volkshaus stattfinden sollte. Auch Plakate, die herumgetragen wurden, luden dazu ein.⁹⁸

Montag vormittag, 9.00 Uhr, faßte der Saal des Volkshauses nicht alle, die gekommen waren. Das war nicht besonders verwunderlich, denn 500 bis 1000 Besucher bei politischen Versammlungen im Volkshaus waren zu dieser Zeit keine Seltenheit. Man entschloß sich, die geplante Versammlung auf dem Markt durchzuführen und mit einer Demonstration zu verbinden.⁹⁹ Als Veranstalter werden USPD und Gewerkschaftskartell genannt. Der Verlauf der Kundgebung sagt uns allerdings, daß dazu auch die KPD gehört haben muß.

Rote Fahnen wehten über dem Marktplatz, und die Kundgebung wurde mit einem gemeinsamen Lied eröffnet. Den Verlauf der Versammlung schildert der Polizeibericht wie folgt: "Zunächst erhielt der Kommunist Renner das Wort, welcher mit scharfen Worten die eingetretene Reaktion der Offiziersclique verurteilte, da diese die größte Gefahr für die errungenen Fortschritte der Revolution bedeute.

Dem müsse mit allen Mitteln entgegen gearbeitet werden. Vor allen Dingen müsse die Arbeiterschaft sich rüsten durch das Räteresystem, da die bisherige Regierung auch versagt habe, weiter bezichtigte er Noske und Ebert der Feigheit, weil sie ohne jeden Widerstand geflohen seien. Der 2. Redner Stadtv-(erordneter - H.D.) Schirmer von U.S.P. geißelte ebenfalls in scharfen Worten die Reaktion von rechts und die große Gefahr für das bisher Errungene. Nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat müsse dem entgegen getreten werden, sofort solle mit Aufbau des Räteresystem begonnen werden.

Der 3. Redner Stadtv. Winkler (KPD - H.D.) erklärte, es sei keine Protestversammlung, sondern eine Aktionsversammlung, um das Räteresystem sofort einzuführen und die dazu

-31-

nötigen Wahlen sofort vorzunehmen. Von allen 3 Rednern wurde zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats aufgefordert, nicht die demokratische Verfassung solle geschützt, sondern die deutsche Räterepublik solle errichtet werden, das in Mügeln gewählte Aktionskomitee werde alle weiteren Maßnahmen vorbereiten.

Mehrfach wurde aus der Menge der Ruf wegen Waffen laut.¹⁰⁰ Es schloß sich eine Demonstration zum Volkshaus an, die folgende Straßen berührte: Untermarkt, Töpfergasse, Lange Straße, Dohnaische Straße (unterer Teil der heutigen Karl-Marx-Straße), Gartenstraße (Friedrich-Engels-Straße), Bahnhofstraße, Breite Straße (oberer Teil der Karl-Marx-Straße). Genosse Winkler erwähnte auf dem Markt das in Mügeln gewählte Aktionskomitee.¹⁰¹

⁹¹ Aufruf der Zentrale der KPD vom 13. März 1920 zum Kampf gegen die Militärdiktatur der Kapp-Lüttwitz... in: Dokumente Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 212.

⁹² Ebenda.

⁹³ "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3.1920.

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Vgl, ebenda.

⁹⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 26.

⁹⁷ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

⁹⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 26.

⁹⁹ Der Polizeibericht nennt 1000 Teilnehmer. Genosse Haak meinte, es wären bedeutend mehr gewesen.

¹⁰⁰ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 26 f. Mehrere Genossen, Teilnehmer dieser Kundgebung, z. B. Genosse Haak und Genosse Weinhold bestätigten mit die Objektivität der Darstellung im Bericht.

¹⁰¹ Nebeneinander werden in den damaligen Berichten die Begriffe Aktionsausschuß, Aktionskomitee, Executive und Executivkomitee verwandt.

Dem Pirnaer Komitee gehörten die Genossen Schirmer (USPD), Renner, Röttschke (im Polizeibericht Peschke genannt - H.D.), Rädcl, Schlegel und Winkler, Karl (alle KPD) an.¹⁰²

Für das Heidenauer Executivkomitee werden als Mitglieder genannt:

Hermann Günther KPD Oskar Winkler
 Emil Schnabel KPD Oskar Glaser
 Paul Florschütz USPD Paul Bernhard SPD¹⁰³

Es ist nicht ausgeschlossen, daß beide Komitees weitere Mitglieder besaßen.

Dem Copitzer Komitee gehörten 5 Kommunisten, 2 USPD- und 3 SPD-Mitglieder an.¹⁰⁴ Die KPD-Vertreter waren die Genossen Paul Seidenglanz, Martin Schäfer, Kurt Bellmann, Willi Haak und August Kasper. Einer der beiden USPD-Genossen war der Genosse Nicolaus.¹⁰⁵ Von der SPD gehörten die Genossen Schneider, Assert und Appell zum Komitee.¹⁰⁶

b) Programm des Pirnaer Executivkomitees

Die Pirnaer Organisationen der KPD und USPD unterrichteten die Einwohner der Stadt durch einen Plakatanschlag über ihre Absichten.¹⁰⁷ Leider ist dieser Aufruf nicht erhalten geblieben. Nach Versammlungsberichten und Zeitungsmittellungen läßt sich das Programm wie folgt skizzieren:

-32-
 ren:

1. Niederschlagung des Kapp-Putsches
2. Keine Rückkehr zu bürgerlich-demokratischen Verhältnissen mit einer Regierungskoalition SPD - bürgerliche Parteien
3. In den ersten Reden der führenden Genossen tauchte immer wieder die Losung von der Errichtung der deutschen Räterepublik auf, in den Chemnitzer Forderungen¹⁰⁸ war davon aber nicht die Rede.

Um diese Ziele zu erreichen, leitete das Executivkomitee verschiedene Maßnahmen ein, die im wesentlichen den Forderungen entsprachen, die am 18. 3. 1920 auf einer Tagung sächsischer Arbeiterräte in Chemnitz beschlossen wurden.¹⁰⁹ An dieser Konferenz hat wenigstens ein Pirnaer Vertreter teilgenommen.¹¹⁰ Die "Unabhängige Volkszeitung" veröffentlichte diese Forderungen in ihrer Rubrik "Aus dem Pirnaer Bezirk".¹¹¹ Vorher hieß es in einem offiziellen "Bericht des (Pirnaer - H.D.) Executivkomitees": "Weiter ist zu erklären, daß der Executivausschuß wohl gewillt sein wird, die in Chemnitz angenommene Forderung ebenfalls zu übernehmen."¹¹²

Die ersten Forderungen lauteten!

- "1. Sofortige Entwaffnung und Aufhebung der Reichswehr, der Sicherheitswehr, der Einwohnerwehr und Zeitfreiwilligen. Die Bewaffnung des Proletariats ist in Angriff zu nehmen. Als erster Schritt dazu ist die Bildung einer Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte durchzuführen.
2. Die Arbeiter in Stadt und Land, die Angestellten, werktätigen Männer und Frauen treten offen in allen Fabriken, Werkstätten, Gruben und Kontoren zusammen und wählen revolutionäre Betriebsräte. Die Betriebsräte schließen sich zusammen zu örtlichen und Bezirksräten. Die Bezirksräte wiederum müssen zusammengefaßt werden zu einem Zentralrätekongreß.
3. Die in den Betrieben und Werkstätten gewählten Arbeiterräte schließen sich zusammen zu Vollversammlungen. Die Vollversammlung des Arbeiterrates muß zu allen

-33-

wichtigen Fragen Stellung nehmen. Sie wählt einen Vollzugsrat und beauftragt diesen, alle Beschlüsse durchzuführen und notwendige Aktionen zu leiten."¹¹³

c) Die unmittelbaren Aktionen der Arbeiterschaft im Pirnaer Bezirk gegen Kapp

ca) Der Generalstreik gegen die Kapp-Diktatur, die Wahl revolutionärer Betriebsräte, Zusammenarbeit Executive und Betriebsräte

¹⁰² Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 28.

¹⁰³ Vgl. Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, 11076 a. Bl. 165.

¹⁰⁴ Vgl. "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁰⁵ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

¹⁰⁶ Vgl. "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁰⁷ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920.

¹⁰⁸ Vgl. Anlage Nr. 18.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda. "Der Kämpfer" berichtet in Nr. 11, vom 19. 3. 1920, daß 100 Orts- bzw. Arbeiterräte 400 Delegierte entsandt hatten.

¹¹⁰ Vgl. "Der Kämpfer", Nr. 11, vom 19. 3. 1920.

¹¹¹ Anlage Nr. 18.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Ebenda.

Der "Unabhängigen Volkszeitung" können wir entnehmen, daß die Parole des eintätigen Generalstreiks "am Montag auch durchgängig befolgt"¹¹⁴ wurde. Für die Stadt Pirna sagen Protokolle über Streiks in 21 Unternehmen (im wesentlichen Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten) aus, daß 3798 Beschäftigte sich am Streik beteiligten, 167 Arbeiter und Angestellte befolgten die Streikaufrufung nicht, davon entfallen 96 auf die Fa. Hoesch, 30 auf die Elisabethhütte und 15 auf die Elbtalzentrale (Elektrizitätsversorgung!)¹¹⁵

In der Fa. Küttner, im Stahlwerk Gebr. Hunger und in der Mehrzahl aller anderen Betriebe hatte auch der letzte Beschäftigte an diesem Tage die Arbeit niedergelegt.¹¹⁶

Genosse Karl Täubrich berichtet, daß Genossen der KPD und andere eingesetzt waren, um am Montagmorgen die letzten Belegschaften über den Generalstreik zu informieren. So forderte er und ein zweiter Genosse die Arbeiter und Angestellten der Firmen Gebr. Sägwerk Kemnitzer und Klebstoffwerke auf, die Arbeit niederzulegen, was auch in jedem Falle geschah.¹¹⁷ Der Struppener USPD-Genosse Fröde benachrichtigte Königsteiner Betriebe.¹¹⁸ Auch in den Betrieben fanden, wie Genosse Weinhold über das Stahlwerk Gebr. Hunger berichtet, Protestversammlungen gegen den Kapp-Putsch statt.¹¹⁹

Im Pirnaer Raum wurde nur einen Tag lang gestreikt. Trotzdem zeigte der Streik, daß auch die Arbeiterschaft Pirnas bereit war, die Anschläge der Putschisten auf die von der Arbeiterklasse seit 1918 errungenen demokratischen Rechte und Freiheit abzuwehren.

- 34 -

Zur damaligen Zeit gab es in den Betrieben revolutionäre und reformistische Betriebsräte bzw. Betriebsratsmitglieder. Als revolutionär galten die Betriebsräte, die das Betriebsrätegesetz nicht anerkannten. Doch dieses Gesetz strikt abzulehnen, war nicht einfach. Deshalb bezeichnete man als revolutionäre Betriebsräte auch die Arbeitervertretungen, die ständig bestrebt waren, Rechte wahrzunehmen, die über das reaktionäre Betriebsrätegesetz hinausgingen. Solche Betriebsräte gab es u. a. im Stahlwerk Gebr. Hunger, bei Hoesch, in den Pirnaer Glasfabriken¹²⁰ und bei der Fa. Hengst.¹²¹ Den Kern dieser Betriebsräte bildeten KPD-, USPD-Genossen und andere revolutionäre Arbeiter. In den reformistischen Betriebsräten hatten die Kräfte die Oberhand, die sich voll auf den Boden des Betriebsrätegesetzes stellten. Ein solcher Betriebsrat existierte z. B. bei der Fa. Rockstroh (heute VEB Victoria) Heidenau.¹²²

Während der Tage des Kapp-Putsches wurden in mehreren Betrieben revolutionäre Betriebsräte gewählt, zum Teil gegen den Protest der Unternehmer.¹²³

Die Betriebsräte fungierten während der Tage des Kapp-Putsches als der verlängerte Arm der Pirnaer Executive.

Am Dienstag, dem 16. 3. 1920, fand nachmittags eine Sitzung der Pirnaer Betriebsräte statt.¹²⁴ Genosse Renner forderte die Betriebsräte auf, eine Executive zu bilden, die über die weiteren Schritte beraten und beschließen sollte. Genosse Rädcl führte aus, daß es die Pflicht der Executive gewesen sei, um "einen Putsch von rechts zu unterbinden,¹²⁵ die Ent- und Bewaffnung durchzuführen. "Nach längerer Aussprache erklären sich sämtliche Redner und Betriebsratsmitglieder mit den Maßnahmen der provisorischen Executive einverstanden. Weiter wird beschlossen, von jedem Betrieb einen Genossen zum Bezirksrat zu wählen. Von diesen Genossen soll die engere Executive gewählt werden".¹²⁶ Hier wurde bereits im Sinne der erst später in Chemnitz gefaßten Beschlüsse, getreu den Weisungen der Zentrale der KPD gehandelt, wobei heute nicht mehr feststellbar ist, inwieweit den Pirnaer Genossen die Stellungnahme der Partei zentrale bekannt war.

- 35 -

cb) Entwaffnung der Einwohnerwehren - Bewaffnung der Arbeiter

Über den reaktionären Charakter von Reichswehr und Einwohnerwehr gab es bei der Masse der Arbeiter keinen Zweifel. In den Dörfern kannte man die Waffenträger der Einwohnerwehren: Großbauern und andere Personen, deren Arbeiterfeindlichkeit zumeist erwiesen war.

Reichswehrtruppen befanden sich in der Amtshauptmannschaft Pirna auf der Festung Königstein, und zwar der Festungsstab und die 8. Hundertschaft des 24. Reichswehrregiments,¹²⁷ sowie eine etwa 20 Mann starke

¹¹⁴ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18.3.1920.

¹¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXI, 08 - 1. Bl. 35 ff.

¹¹⁶ Vgl. ebenda.

¹¹⁷ Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

¹¹⁸ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹¹⁹ Vgl. Bericht des Genossen Weinhold.

¹²⁰ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

¹²¹ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹²² Vgl. Bericht des Genossen Horx.

¹²³ Vgl. "Königsteiner Anzeiger", Nr. 33, vom 21. 3. 1920.

¹²⁴ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920 und "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹²⁵ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Vgl. Archiv der Festung Königstein, Festungschronik, 3. Teil, 1898 - 1930, S. 163.

Wachmannschaft der Pirnaer Kaserne.¹²⁸ Nach Aussage Struppener Genossen¹²⁹ und entsprechend einer Vermutung der "Unabhängigen Volkszeitung"¹³⁰ soll es sich bei der Festungsbesetzung um Baltikumer gehandelt haben. Das ist aber nicht bewiesen.

In vielen Dörfern und kleinen Städten existierten Einwohnerwehren, in der Stadt Pirna nicht, im Gebäude der Amtshauptmannschaft (heutiges Volkspolizeikreisamt) lagerten aber noch Gewehre.

Die Executive leitete die Besetzung der Kaserne und die Beschlagnahme der Waffen in der Amtshauptmannschaft ein. Die Besetzung der Kaserne auf der Rottwardorfer Str. erfolgte durch einen Trupp Arbeiter unter Leitung des Genossen Röttschke.¹³¹ In Sichtabstand gingen die Arbeiter einzeln die Waisenhausstraße (heute Clara-Zetkin-Straße) und Rottwardorfer Straße hinaus. Genosse Röttschke und Genosse Paul Drescher kletterten über das Eisengitter und gingen in die Wachstube (heutige HO-Gaststätte "Freundschaft"). Sie erklärten den Wachtmeistern, daß sie die Kaserne den Arbeitern übergeben sollten. Ansonsten würden sie mit den draußen im Straßengraben liegenden Arbeitern unliebsame Bekanntschaft machen. Den Wachtmeistern wurde mit einem militärischen Angriff gedroht, obwohl die meisten Arbeiter unbewaffnet gekommen waren. Die Übergabe an die Arbeiter erfolgte.¹³² Den Wachdienst innerhalb und außerhalb des Objektes übernahmen die Arbeiter. Mit dieser Maßnahme wurde eventuell einrückender Reichswehr zunächst die Unterkunftsmöglichkeit genommen. Waffen befanden sich kaum noch in der

- 36 -

Kaserne. Die Kaserne blieb von den Arbeitern bis zum 27. 3.¹³³ und dann noch einmal vom 31. 3.¹³⁴ bis zum 6. 4. 1920¹³⁵ besetzt. Am Montag, dem 15. 3. 1920, holten die Arbeiter abends in der 10. Stunde die 300 Gewehre von der Amtshauptmannschaft sowie die Gewehre von der Pirnaer privilegierten Schützengilde, die im Gasthof "Zur Tanne" verwahrt worden waren.¹³⁶ Am gleichen Abend hatte gegen 8.00 Uhr eine Arbeiterpatrouille die Gaststätten "Schwarzer Adler" und "Amtshof" und die dort anwesenden Gäste wegen Waffenbesitz kontrolliert.¹³⁷

Mehrere Genossen berichten von den Aktionen zur Entwaffnung der Einwohnerwehren. Die hierfür nötigen Arbeitertrupps stellten zumeist die Betriebe, so das Stahlwerk Hunger, die Elisabethhütte und die Copitzer Glasfabrik. Es liegen Berichte vor über die Entwaffnung der Einwohnerwehren in Dorf Wehlen, Bonnewitz, Thürmsdorf, Struppen-Siedlung, Mockethal, Graupa, Pfaffendorf, Leupoldshain und anderen Orten.¹³⁸

Von der Entwaffnungsaktion berichtete auch Amtshauptmann von Thümmel am 13. 4. 1920. Dabei war er besonders beunruhigt über die "Besorgnis dar wehrlosen Landbevölkerung vor Diebstählen an Saatkartoffeln".¹³⁹ Bisher hatte man z. B. in Rottwardorf "die Saatkartoffeln" durch die Einwohnerwehr mit 21 Infanteriegewehren und 29 Armeerevolvern und dazugehöriger Munition sichern lassen, jedenfalls war das die Anzahl Waffen, die sich drei Beauftragte des Pirnaer Executivkomitees am 16. 3. 1920, nachmittags gegen 3.00 Uhr, vom Rottwardorfer Gemeindevorstand aushändigen ließen.¹⁴⁰

In Dörfern, in denen viele Arbeiter ansässig waren, entwaffneten diese die Einwohnerwehren im Ort bzw. in den Nachbarorten. In Krebs entwaffneten noch am Sonntagabend Genosse Wehle (KPD) und Genosse Neubert (ÜSPD) die Einwohnerwehr. Sie beschlagnahmten etwa 13 Karabiner und 2 Pistolen.¹⁴¹ Die Struppener Genossen stellten von den Einwohnerwehren aus Ebenheit, Naundorf und Weißig etwa 100 Schuß-

- 37 -

waffen sicher. In Struppen entstand eine Arbeiterwehr.¹⁴²

Die Struppener Genossen, alles Mitglieder der ÜSPD, versuchten sogar, auf der Festung Königstein befindliche Waffen in ihren Besitz zu bringen. Am Abend des 16. März ließen sie sich vom Inspektor Butze, dem Beauftragten des Rittergutsbesitzers Freiherrn von Biedermann, zwei Pferdegespanne einschließlich Geschirrführer geben. Man fuhr zur Festung. Der Festungskommandant lehnte das Ansinnen der Struppener Arbeiter auf Herausgabe der Waffen, vorgetragen von den Genossen Emil Richter, Max Fröde und Bruno Rietzschel, ab. Bald darauf starteten die Struppener Arbeiter aus Schießcharten und vom Festungswall herab die Gewehrläufe der Festungsbesetzung an.¹⁴³

Der "Pirnaer Anzeiger" berichtete seinen Lesern am 21. 3. 1920 von dem Struppener Unternehmen. Selbstverständlich teilte er auch in diesem Falle nicht mit den Struppener Arbeitern die Sorge um die zutiefst bedroht gewesene Republik,

¹²⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 46 f.

¹²⁹ Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹³⁰ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 73, vom 28. 3. 1920,

¹³¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05, Bl. 27 f.

¹³² Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

¹³³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 43.

¹³⁴ Vgl. ebenda, Bl. 45.

¹³⁵ Vgl. ebenda, Bl. 46.

¹³⁶ Vgl. ebenda, Bl. 27.

¹³⁷ Vgl. ebenda, Bl. 37.

¹³⁸ Vgl. Berichte der Genossen Weinhold, Rohnstock und Haak und "Königsteiner Anzeiger", Nr. 33, vom 21. 3. 1920.

¹³⁹ Staatsarchiv Dresden, Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Bl. 81.

¹⁴⁰ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B VIII - VII. 207. Nicht numeriert.

¹⁴¹ Vgl. Bericht des Genossen Wehle.

¹⁴² Vgl. Bericht des Genossen Fröde.

¹⁴³ Vgl. ebenda.

den Artikelschreiber drückt anderswo der Schuh. Er schließt seinen Bericht mit der Frage: "Wer aber, so darf man wohl fragen, hätte dem Rittergute Ersatz geleistet, wenn einem der jetzt sehr teuren Pferde etwas zugestoßen wäre?"¹⁴⁴

In Langenhennersdorf führte die USPD-Ortsgruppe eine stark besuchte Einwohnerversammlung durch. Hier wurde beschlossen, die Einwohnerwehr, in Langenhennersdorf Heimwehr genannt, sollte die Waffen zum Gemeindeamt bringen, damit sie dort von 2 Vertretern der Einwohnerwehr und 2 USPD-Genossen bewacht werden könnten. Die Genossen Willi Müller und Rosenlöcher wurden beauftragt, der in der Schule versammelten Einwohnerwehr diesen Beschluß zu überbringen. Die Einwohnerwehrleute hatten sich mit der Axt an der Tür postiert, ließen die Genossen gar nicht eintreten, griffen sie tätlich an und schlugen den Genossen Willi Müller blutig. Daraufhin beschlossen die Langenhennersdorfer Genossen, daß noch in der gleichen Nacht die Genossen Willi Böhme und Fritz Müller zur Executive nach Pirna fahren. Das geschah. Am nächsten Tag schickte Pirna 40 bis 50 mit Gewehren und 2 Maschinengewehren bewaffnete Arbeiter nach Langenhennersdorf.

-38-

Zwei LKW's brachten die Arbeiter ins Dorf, einer fuhr über Krietzschwitz, der andere über Neundorf durch das Gottleubatal, das Maschinengewehr jeweils auf dem Führerhaus stehend.

Viel Waffen fanden die Arbeiter nicht mehr. Die Einwohnerwehr hatte sie inzwischen zur Festung Königstein gebracht. Gutsbesitzer Junker junior, von dessen provokatorischem Auftreten auf dem Tanzsaal schon berichtet wurde und dessen Kumpane noch am Vortage einen unbewaffneten, friedlichen Arbeiter blutig geschlagen und einen anderen Arbeiter bis auf den Dachfirst gejagt hatten, war jetzt mit zweispänniger, flinker Kutsche in die Tschechoslowakei geflohen.¹⁴⁵ Andere Heimwehrleute flüchteten zur Festung Königstein. Der Festungschronist notierte das am 18. 3. 1920: "Der Gemeindevorstand und zwei Landwirte aus Langenhennersdorf erbaten Aufnahme in die Festung, weil sie von Spartakisten bedroht wurden."¹⁴⁶

In der Festungschronik finden wir ebenfalls die Notiz: "15. bis 20. 3. die Einwohnerwehren umliegender Ortschaften geben Gewehre auf der Festung ab."¹⁴⁷ Das ist z. B. von Mittelndorf bekannt.¹⁴⁸

Was geschah mit den von den revolutionären Arbeitern beschlagnahmten Waffen?

Zunächst wurden sie in die Zentren der Aktionsausschüsse, z. B. in das Pirnaer Volkshaus und in den Copitzer "Felsenkeller" gebracht.¹⁴⁹ Haupt Sorge der Polizei war, daß die Waffen nun "dort ohne weiteres an jedermann verteilt"¹⁵⁰ wurden. Das traf aber nur für die allererste Zeit zu, wo im Trubel der sich überstürzenden Ereignisse jeder, der kam - und schließlich kannte man sich ja in den Orten - ein Gewehr bekam. Doch bald stellte beispielsweise die Pirnaer Executive den Waffenträgern Waffenscheine aus,¹⁵¹ man formierte auf örtlicher Ebene Arbeiterwehren und gab über die Betriebsräte Waffen in die Betriebe. In der Zeit bis zum 17. April 1920 führte die Executive wenigstens drei Waffenappelle für die Pirnaer Arbeiterwehr durch.¹⁵² Ein Schutzmann spionierte aus, daß in den Pirnaer Betrieben 202 Gewehre und 1 Maschinengewehr vorhanden waren. In den

- 39 -

Betrieben wiederum fungierten Vertrauensleute das Exekutivkomitees, oft Betriebsratsmitglieder, die die Waffen an revolutionäre Arbeiter ausgegeben hatten und den Einsatz - Patrouillendienst, Entwaffnungsaktionen - dieser Arbeiter leiteten.¹⁵³ Von mehreren Genossen wird aber die Zahl der in der polizeilichen Liste für einzelne Betriebe angegebenen Waffen als zu niedrig bezeichnet. So behauptet Genosse Paul Rohnstock, daß in der Elisabethhütte mehr als die verzeichneten 20 Gewehre und dazu noch 2 Maschinengewehre im Besitz der Arbeiter waren.¹⁵⁴

Die Arbeiter gingen mit Gewehr zur Arbeit und nahmen es abends wieder mit nach Hause. Als sich zum Wochenende zu die Verhältnisse wieder beruhigten, ließ man das Gewehr entweder im Betrieb oder zu Hause.¹⁵⁵

Ein Pirnaer Kriminalschutzmann gab die Zahl der in den Händen der Arbeiter befindlichen Gewehre und Armeepistolen mit 2.000 Stück an.¹⁵⁶ Die Heidenauer Arbeiter hatten ebenfalls in den umliegenden Gemeinden die Waffen eingesammelt. Genosse Rosenberg gibt 1.500 Gewehre an. Die Arbeiterwehr Heidenau soll zur Zeit des Kapp-Putsches 600 - 700 Mitglieder umfaßt haben.¹⁵⁷

¹⁴⁴ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 67, vom 21. 3. 1920.

¹⁴⁵ Vgl. Bericht des Genossen Müller und des Genossen Rohnstock.

¹⁴⁶ Archiv der Festung Königstein, Festungschronik, 3. Teil, 1898 - 1930, S. 164.

¹⁴⁷ Ebenda.

¹⁴⁸ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 73, vom 28. 3. 1920.

¹⁴⁹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 28 und Bericht des Genossen Haak.

¹⁵⁰ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 29.

¹⁵¹ Vgl. ebenda,

¹⁵² Am 27. 3., am 30. 3. und am 17. 4. 1920 führte die Executive im Volkshaus Waffenappelle durch, Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl.

46 und Anlage Nr. 20. Notizen im Polizeibericht (Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 49!) bestätigen, daß es sich bei der öffentlichen Einladung der "Ortswehr" um die Arbeiterwehr gehandelt hat. Zu allen drei Appellen erschienen jeweils 80 - 100 bewaffnete Arbeiter.

¹⁵³ Vgl. Berichte der Genossen Haak, Rohnstock und Weinhold.

¹⁵⁴ Vgl. Bericht des Genossen Rohnstock.

¹⁵⁵ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 33.

¹⁵⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 31. Bl. 13.

¹⁵⁷ Vgl. Bericht des Genossen Weber.

cc) Überwachung der behördlichen Arbeit

In den ersten Tagen des Kapp-Putsches, als die Gefahr einer Ausbreitung auf Sachsen oder auf Teile des Landes durchaus noch bestand, überwachten Arbeiterposten die Tätigkeit der wichtigsten Behörden. Übereinstimmend weisen die verschiedensten Quellen nach, daß der Post-, Telegraf- und Fernsprechverkehr kontrolliert wurde.¹⁵⁸ Vor dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft standen zunächst bewaffnete Arbeiterposten.¹⁵⁹ Offensichtlich auch entsprechend einer Anweisung der Executive zahlte die Sparkasse zunächst nur 50,00 Mark aus.¹⁶⁰

cd) Absicherung der Stadt und des Bezirkes Pirna

Um einem Einmarsch putschender Truppen entgegenzutreten zu können, kontrollierten Tag und Nacht bewaffnete und mit einer roten Armbinde versehene Arbeiterpatrouillen die Zugangsstraßen zur Stadt und das Leben innerhalb der

-40-

Stadt.¹⁶¹ Einige Tage lang wurden Pirna passierende Güter- und Personenzüge kontrolliert.¹⁶²

Es ist bekannt, daß Copitzter Genossen Posten an der Brücke bei der Wesenitzalschenke aufstellten,¹⁶³ die Pirnaer Arbeiter besetzten die Elbbrücke, Posten kontrollierten den Zugang zur Stadt von Dresden und vom Sonnenstein her. Auf der Dresdner Straße wurden alle aus Richtung Dresden kommenden Autos kontrolliert. Als am Dienstag, dem 16. 3. 1920, in Pirna das Gerücht kursierte, Reichwehrtruppen seien im Anmarsch, hielten sich in den Abendstunden bis 9.00 Uhr viele Menschen vor dem Volkshaus auf.¹⁶⁴

Die "Dresdner Nachrichten", die Zeitung der Deutschnationalen, fachten das Feuer gegen Pirna an, indem sie - offensichtlich von der Montag-Kundgebung in Pirna inspiriert - ihren Lesern am Mittwoch, dem 17. 3. 1920, folgende Lügenmeldungen aufstischten:

"Die Räterepublik in Pirna

In Pirna ist die Räterepublik ausgerufen worden. Das Rathaus wurde von den Spartakisten gestürmt und der Bürgermeister verhaftet."¹⁶⁵

Viele andere rechtsstehenden Zeitungen druckten diese Meldung nach. Die "Unabhängige Volkszeitung" erklärte am 21. 3. 1920, daß auf Grund dieser Erfindungen zwischen Pirna und Dresden Militär, Reiterei und Artillerie bereit gehalten worden wäre, dessen Rückzug allerdings auf die Forderung beider sozialistischer Parteien hin erfolgt sei.

"Daß der militärbevollmächtigte General Müller schon Truppen zur Niederwerfung der Pirnaer Arbeiter entsandt hatte",¹⁶⁶ teilte ein Pirnaer Genosse bereits am 18. 3. 1920 der Arbeiterratstagung in Chemnitz mit.

Die Arbeiter waren wachsam. Noch Ende März beobachteten unbewaffnete Posten das Geschehen auf dem Pirnaer Bahnhof, um sofort über die Ankunft von Reichwehrtruppen informiert zu sein.¹⁶⁷ Zwei Wochen nach dem Kapp-Putsch schnüffelten Aufklärungs-

-41-

trupps der Zeitfreiwilligen im Heidenauer Gebiet herum. Am Abend des 29. oder 30. März trafen zwei Angehörige der Heidenauer Arbeiterwehr in der Gaststätte "Zur Erholung" auf zwei Zeitfreiwillige. Nachdem letztere die Gaststätte verlassen hatten, folgten ihnen die Arbeiter und forderten die Zeitfreiwilligen auf, sich auszuweisen. Dazu waren die Zeitfreiwilligen nicht bereit, stattdessen zog der eine den Revolver und verwundete den Arbeiter Kurt Faust aus Dohna schwer durch einen Schuß in die Lunge.¹⁶⁸

Die Abschirmung des Heidenauer - Pirnaer Gebietes durch Arbeiterposten bestätigte auch der sächsische sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schwarz, der am 21. 3. 1920 erklärte, "daß von Niedersedlitz bis Pirna sämtliche Zufuhrstraßen besetzt seien".¹⁶⁹ Schwarz drohte mit dem Einsatz der Reichwehr.¹⁷⁰

Bewaffnete Arbeiterposten, die den Zugang zur Stadt vom Sonnenstein her bewachten, hat die Polizei noch am Dienstag, dem 23. 3. 1920, angetroffen.¹⁷¹

3. Das Verhalten der bürgerlichen Kräfte in Pirna während des Kapp-Putsches

Der „Pirnaer Anzeiger“ ließ an der Haltung der großbürgerlich-junkerlichen Partei, der Deutschnationalen, keine Zweifel: Kapp wurde ohne Zurückhaltung begrüßt und Erklärungen von Reichwehrebereichen, -einheiten und

¹⁵⁸ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III * XXVI, 05. Bl. 27 und Bericht des Genossen Täubrich.

¹⁵⁹ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 28.

¹⁶⁰ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁶¹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 27 ff.

¹⁶² Vgl. Bericht des Genossen Täubrich.

¹⁶³ Vgl. Bericht des Genossen Haak.

¹⁶⁴ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 28.

¹⁶⁵ Vgl. Anlage Nr. 16.

¹⁶⁶ "Der Kämpfer", Nr. 11, vom 19. 3. 1920.

¹⁶⁷ Vgl. Stadtarchiv Pirna» B III - XXVI, 05. 31. 42 f.

¹⁶⁸ Vgl. Bericht des Genossen Weber und "Pirnaer Anzeiger", Nr. 75, vom 31. 3. 1920.

¹⁶⁹ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 35.

¹⁷⁰ Vgl. ebenda.

¹⁷¹ Vgl. ebenda, Bl. 39 f.

Regierungsbezirken für Kapp wurden freudig registriert.¹⁷² Als das Ende des blutigen Kapp-Abenteuers gekommen war, das die deutschen Arbeiter und andere Werktätige erzwungen hatten, rechtfertigte der "Pirnaer Anzeiger" noch die Kapp-Verbrecher, denn es "sieht der Reichskanzler Kapp seine Mission als erfüllt an und tritt zurück ..." ¹⁷³ Kräftig wird zur Sammlung gegen die Arbeiterschaft geblasen. "Er (Kapp - H.D.) läßt sich dabei von der Überzeugung leiten, daß die äußerste Not des Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluß Aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus verlangt."¹⁷⁴

Die Deutsche Demokratische Partei hatte, einer Meldung

-42-

ihrer Pirnaer Geschäftsstelle zufolge, der KPD und ÜSPD ihre Mitarbeit gegen Kapp angeboten, "sah aber selbstverständlich von jeden weiteren Verhandlungen ab", als "die USP offen erklärte, daß sie die Diktatur des Proletariats anstrebe, die DDP sei aber prinzipiell gegen jede Diktatur, sei sie von rechts oder links".¹⁷⁵ Trotzdem ist diese Stellungnahme als gegen den Kapp-Putsch gerichtet aufzufassen. In Dresden lehnte die DDP den Putsch entschieden ab.¹⁷⁶

Die gesamte Beamten- und Lehrerschaft Pirnas, die Reichs-, Staats-, Ratsbeamten usw., die Ärzte und Apotheker ¹⁷⁷ teilten der Executive durch eine Deputation am Dienstag, dem 16. 3. 1920, nachmittags, mit, "daß sie treu auf dem Boden der Verfassung stehen und jede Diktatur von rechts und links aufs entschiedenste ablehnen"¹⁷⁸ Sie drohten ihrerseits mit Streik, wenn die Executive die Überwachung der Dienstgeschäfte nicht einstelle. Die Streikdrohung wies das Exekutivkomitee gehörig zurück, hob aber dennoch die Bewachung der öffentlichen Gebäude auf. Die Mitglieder der Executive waren offensichtlich davon überzeugt, daß die vorstellig gewordenen mittelständischen Kreise in ihrer Mehrheit nicht mit Kapp sympathisierten. Die Forderung der Deputation nach Bewaffnung der "Kleinbürger und Beamten" lehnte die Executive ab.¹⁷⁹

Zur Haltung der Pirnaer Behörden muß festgestellt werden:

1. Von einer eindeutigen Ablehnung des Kapp-Putsches erfahren wir weder vom Rat der Stadt noch von der Amtshauptmannschaft etwas. Erst als die Arbeiter entschiedene Abwehraktionen eingeleitet hatten, wurden die Hiebe gegen links mit einer allgemeinen Erklärung gegen eine "Diktatur von rechts" verbunden. Den "Pirnaer Anzeiger" lassen die örtlichen Behörden ungehindert Stimmung für Kapp machen.

2. Am 16. März bekunden die Vertreter der Pirnaer Beamten und andere bürgerliche Kreise zwar ihre Treue zur Verfassung, die Treueerklärung gegenüber der al-

-43-

ten Reichsregierung und der sächsischen Regierung bleibt aber vorläufig noch aus, diese erfolgt erst nach dem Kapp-Spuk, am Donnerstag, dem 18. 3. 1920.¹⁸⁰

4. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen die verhängnisvolle Koalitionspolitik der SPD, für eine Arbeiterregierung

Neben den richtigen Losungen, die die Zentrale der KPD für die Führung des Kampfes aufstellte, waren die Forderungen nach "der proletarischen Diktatur"¹⁸¹ und „der Herrschaft der Arbeiterräte"¹⁸² falsch.

Warum diese Losungen historisch verfrüht waren, darauf gibt die Parteiführung der KPD selbst die Antwort. In einem Rundschreiben, ebenfalls am 14. 3. 1920 geschrieben, warnt sie "vor der Vorstellung, als ob nun etwa mit einem Schlage alle Illusionen, die bislang in den Köpfen der Arbeiter über den Wert der bürgerlichen Demokratie herrschten, beseitigt seien".¹⁸³ Viele Arbeiter glaubten noch daran, auf bürgerlich-demokratischem Wege mit Ministern und Regierungen der SPD und USPD, meist in Koalition mit bürgerlichen Parteien, zum Sozialismus zu gelangen. Diese Arbeiter waren bereit, gegen die Militärdiktatur Kapps, aber nicht gegen sozialdemokratische Regierungen zu kämpfen. Die KPD hatte sich ja auch noch nicht zur marxistisch-leninistischen Kampfpartei entwickelt, die die

¹⁷² Vgl. „Pirnaer Anzeiger“, Nr. 61, vom 14. 3. 1920; Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920 und Nr. 64, vom 17. 3. 1920.

¹⁷³ Anlage Nr. 17.

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920.

¹⁷⁶ Vgl. Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960, S. 19.

¹⁷⁷ Vgl. "Pirnaer Anzeiger", Nr. 64, vom 17. 3. 1920.

¹⁷⁸ Ebenda.

¹⁷⁹ Vgl. Anlage Nr. 18.

¹⁸⁰ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III – XXXI, 01. Bl. 124.

Aus dem Schreiben an die Landesregierung vom 18. 3. 1920: "Das hohe Ministerium bitten wir ganz ergebenst, hiervon gütigst Kenntnis zu nehmen und uns erlauben zu wollen, hierbei der Versicherung Ausdruck zu verleihen, daß die gesamte Beamtenschaft des Rates der Stadt wie bisher so auch In Zukunft unentwegt ihre Pflicht tun und treu zur Regierung und Verfassung stehen wird.

In ergebenster Ehrerbietung
die Beamten des Rates der Stadt Pirna
Dr. Gaitzsch

Bürgermeister".

¹⁸¹ Aufruf der KPD vom 14. März 1920 ..., in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 217.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ Rundschreiben der Zentrale der KPD vom 14. 3. 1920 ... an die Bezirksleitungen, in: Dokumente ..., Bd. VII/1, Berlin 1966, S. 216.

Führung hätte übernehmen können. Die Losung "Diktatur des Proletariats" hielt auch in Pirna die Parteileitung der SPD und demokratische Kräfte von der Einheitsfront gegen Kapp zurück.¹⁸⁴

Das Chemnitzer Programm, auf dessen Boden sich ja auch die Pirnaer Executive stellte, enthielt diese Losungen allerdings nicht. Neben der Entwaffnung der Reaktion und der Bewaffnung der Arbeiter wird lediglich die "Kontrolle über die Produktion"¹⁸⁵ durch die revolutionären Betriebsräte gefordert. Im Punkt 5 der Chemnitzer Forderungen heißt es klar und deutlich: "Alle Maßnahmen der Arbeiterräte seit der Erhebung der Kapp-Lüttwitz sind Abwehrmaßnahmen gegen die Konterrevolution."¹⁸⁶

-44-

Im Bericht über die Pirnaer Betriebsrätetagung finden wir die zwei Sätze: "Die Gerüchte von einer Ausrufung der Räterepublik entbehren jeder Grundlage... Von der Bildung eines politischen Arbeiterrates sieht man vorläufig ab."¹⁸⁷ In der Sitzung des Pirnaer Executivausschusses am Abend des 18. 3. 1920 wurde die Bildung von 4 Abteilungen beschlossen:

1. Abteilung für die Bildung der Arbeiterwehr
2. Abteilung für die Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen
3. Abteilung für Nachrichten und Presse
4. Abteilung für Finanzen.¹⁸⁸

Am Morgen des 19. 3. 1920 sprach erneut eine Delegation der Beamenschaft, der Ärzte und Industriellen bei der Executive vor. "Besonderen Wert legten die Vertreter der vereinigten Beamten darauf, zu wissen, ob sich der Kampf auch gegen sie richte. Die Executive erklärte, daß dies bis jetzt nicht der Fall sei."¹⁸⁹

Das alles beweist, daß die Pirnaer Executive in der praktisch an Arbeit nicht als Nahziel die Errichtung der Rätemacht verfolgte. Die in den Chemnitzer Forderungen genannten Arbeiterräte waren Aktionsausschüsse gegen Kapp, nicht Organe der Diktatur des Proletariats. Heinrich Brandler sagte am 15. 3. 1920 in Chemnitz, die Arbeiterräte seien "keine Regierungs-, sondern Kampforganisationen".¹⁹⁰

Für die Diktatur des Proletariats war die Zeit noch nicht reif. Andererseits hatte der Kapp-Putsch die Schwäche der von Sozialdemokraten geführten Reichsregierung gegenüber der Reaktion offenbart. Das bedeutete praktisch den Zusammenbruch der Koalition der SPD mit den bürgerlichen Parteien.

Was für eine Regierung sollte jetzt gebildet werden? Das durch den Sieg der Arbeiterklasse über die Kapp-Putschisten zugunsten der Arbeiterklasse veränderte Kräfteverhältnis der Klassen "ließ die Möglichkeit zu, die Fortsetzung der verhängnisvollen Koalitionspolitik

-45-

der rechten sozialdemokratischen Führer zu verhindern und die Bildung einer Arbeiter- beziehungsweise Gewerkschafts- oder Volksregierung zu erzwingen".¹⁹¹

Um bei den Mitgliedern der Gewerkschaften Ansehen zu behalten, schlug der Vorstand der ADGB die Bildung einer Arbeiterregierung mit Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften vor. Die KPD unterstützte das Zustandekommen dieser Regierung. Linksradikale Phrasen leitender USPD-Funktionäre und das Festhalten der rechten SPD-Führung an der verhängnisvollen Koalitionspolitik verhinderten das Zustandekommen einer Arbeiterregierung.¹⁹²

Diese Arbeiterregierung "hätte unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter der revolutionären Bewegung einen weiten Spielraum lausen müssen".¹⁹³ Es wäre eine Übergangsregierung auf dem Wege zur Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern gewesen, aus der sich wiederum die Diktatur des Proletariats hätte entwickeln können.¹⁹⁴

Wilhelm Pieck wies im April 1920 darauf hin, daß Ziel und Basis der Arbeiterregierung die bewaffnete Arbeiterschaft hätte sein müssen.¹⁹⁵ Es konnte nicht festgestellt werden, ob die Auseinandersetzungen über die Bildung einer Arbeiterregierung in Pirna eine Rolle gespielt haben.

5. Die KPD, die Führerin der Pirnaer Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch

Wie bewährten sich in Pirna die KPD, die Executive und die Arbeiterschaft im Kampf gegen den Kapp-Putsch?

1. KPD, USPD und zum Teil die Gewerkschaften und die SPD bildeten gemeinsame Aktionsausschüsse, die sich in ihrer Arbeit auf die Betriebsräte, auf die Mitglieder der Parteien und auf alle revolutionären Arbeiter stützten.

¹⁸⁴ Vgl. Stellungnahme der DDP, in: "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920 und Artikel über die Pirnaer Ereignisse, in: "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁸⁵ Anlage Nr. 18.

¹⁸⁶ Ebenda.

¹⁸⁷ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 5. 1920.

¹⁸⁸ Vgl. Anlage Nr. 18.

¹⁸⁹ Anlage Nr. 18.

¹⁹⁰ "Der Kämpfer", Nr. 8, vom 16. 3. 1920.

¹⁹¹ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 277.

¹⁹² Vgl. ebenda.

¹⁹³ Ebenda, S. 277 f.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 278.

¹⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 285.

Kommunistische Genossen und Funktionäre der USPD übernahmen die Führung.

2. Die führenden Genossen der KPD und der USPD verurteilten in ihren Reden den Versuch der Militärdiktatur,

-46-

riefen zum Kampf gegen diese auf und warnten sehr richtig, vor einer Rückkehr zur sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition. Die in den ersten Reden proklamierten Losungen "Rätewacht und Diktatur des Proletariats" behinderten die Aktionseinheit mit Parteileitungen der SPD und demokratischen bürgerlichen Kräften (DDP in Pirna). Doch in der revolutionären Aktion dieser Tage wurde richtigerweise nicht das Ziel gestellt, die Rätewacht zu errichten.

3. Die Aktionsausschüsse leiteten folgende Maßnahmen ein:

- a) den Generalstreik und die Wahl revolutionärer Betriebsräte,
- b) Entwaffnung der Einwohnerwehren - Bewaffnung der Arbeiter,
- c) zeitweise Besetzung wichtiger Dienststellen bzw. die Kontrolle ihrer Arbeit,
- d) Absicherung des Pirna-Heidenauer Raumes durch bewaffnete Arbeiterposten.

Diese Abwehrhaltung der Arbeiter unseres Gebietes nötigte die mit Kapp sympathisierenden Schichten der Bourgeoisie, der Reichswehroffiziere und anderer reaktionärer Kreise zur Zurückhaltung, behinderte ein Ausbreiten des Putsches und trug zum Scheitern des Putsches im gesamten Reich bei.

Bei der Abwehr des Kapp-Putsches hatten die Arbeiter in der Stadt und im Gebiet Pirna entschlossen und diszipliniert gehandelt. Besonders die Bewaffnung der Arbeiterklasse war die dringlichste Aufgabe, um die Wiederholung eines konterrevolutionären Putsches zu vermeiden. Die Bewaffnung der Arbeiterklasse war die beste Vorbereitung für das Wirken einer Arbeiterregierung. Die leitenden Genossen der Pirnaer Ortsgruppe der KPD näherten sich immer mehr einer den tatsächlichen politischen Gegebenheiten entsprechenden Politik. Das ist um so höher zu bewerten, da in Pirna der schädliche linksradikale Einfluß Otto Rühles unter vielen Arbeitern und auch unter manchen Mitgliedern und Funktio-

-47-

nären der KPD immer noch, vorhanden war. Außerdem enthielten die Losungen der Partei zentrale der KPD gegen den Kapp-Putsch linke Überspitzungen. Bekanntete sich die Ortsgruppe der KPD im Januar 1920 nach harten Auseinandersetzungen zur Politik der Zentrale der KPD, so zeigte die Politik der Pirnaer KPD-Genossen gegen den Kapp-Putsch in der Tat, in der revolutionären Aktion, zunehmend das Überwinden des Linksradikalismus.

V. Der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer

1. Die rechte SPD-Führung bremste und verriet die Erfolge der Aktionen der Arbeiter

Nach Beginn der machtvollen Aktionen der Arbeiterklasse bereute die SPD-Führung bald ihren Aufruf zum Generalstreik. Die SPD-Führer leugneten ihre Unterschrift ab. Noske entschuldigte sie alle vor der Bourgeoisie, die ihnen den Streikaufruf verübelte:

"Der Generalstreik hätte auch dann eingesetzt, wenn unter einer Aufforderung dazu die Namen sozialdemokratischer Minister nicht gestanden hätten."¹⁹⁶

Dann hätten sich die sozialdemokratischen Minister völlig von den Arbeitern isoliert und mehr Vertrauen eingebüßt, als das ohnehin die nächsten Wahlen bewiesen.

In Pirna war der SPD-Kreisvorstand bis zum Montag überhaupt nicht bereit, gemeinsam mit der USPD und der KPD die drohende Gefahr abzuwenden. Die „Dresdner Volkszeitung“ schrieb, daß am Sonnabend "nicht vollkommene Einigung"¹⁹⁷ erzielt werden konnte. Am Sonntagvormittag tagte der Kreisvorstand der Partei, wo auch "noch kein definitiver Beschluß gefaßt wurde".¹⁹⁸ Erst "nachdem KPD und USPD eine Verständigung mit der SPD versucht haben",¹⁹⁹ beschloß der Kreisvorstand am Montag| die Genossen Dennhardt und Reymann in das Exekutivkomitee zu entsenden, "um ein einmütiges Zusammenarbeiten zu ermöglichen und auf den Gang der Ereignisse einen Einfluß mit ausüben zu können".²⁰⁰ Dabei forderten die Vertreter der KPD und USPD nicht, daß sich die SPD "auf

- 48-

den Boden der Rätewacht stellen sollte.²⁰¹ Denn davon wollten auch die führenden SPD-Funktionäre in Pirna nichts wissen. Obwohl es im Bericht aus Pirna heißt: "Die Vertreter der SPD wurden auch von der Executive anerkannt",²⁰² muß es doch nicht zur Mitwirkung der SPD-Genossen gekommen sein. Am Sonntag, dem 21. 3. 1920, fand eine Konferenz von etwa 40 SPD-Funktionären, wahrscheinlich zumeist Ortsgruppenvorsitzende, im Pirnaer Feldschlößchen statt. Daran nahm SPD-Minister Schwarz teil.

Hier wurde man sich "dahin einig, sich dem Akt. Komm. anzuschließen, um besser übersehen zu können, was

¹⁹⁶ Noske, Gustav, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach-Zürich 1947, S. 160. Zitiert bei: Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960, S. 22.

¹⁹⁷ "Dresdner Volkszeitung" Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ Ebenda.

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ Ebenda.

²⁰² Ebenda.

eigentlich alles von der U.S.P. und den Kommunisten unternommen wurde".²⁰³ Demzufolge kann die SPD vorher nicht Mitglied der Executive gewesen sein.

Auf übelste Art und Weise wurde hier das entschlossene Handeln der Arbeiter verleumdet: "Verschiedene Anwesende sprachen sich über die jetzige Lage aus und bezeichneten das ganze Verhalten als ein pöbelhaftes und anmaßendes, daß ohne jede Anweisung Autos beschlagnahmt, Benzin und Fuhrwerke verlangt und die Gewehre abgeholt worden seien."²⁰⁴ "Weiter wurde darüber gesprochen, daß gerade in Pirna allerhand junge und arbeitsscheue Leute mit Gewalt herumlaufen und dadurch die Ruhe und Ordnung im höchsten Grade gefährdet sei ..."²⁰⁵ So sprachen SPD-Funktionäre unter sich. In der Zeitung hatte der aus Pirna berichtende SPD-Genosse drei Tage zuvor geschrieben: "... Die Disziplin der bewaffneten Arbeiterschaft ist als mustergültig zu bezeichnen."²⁰⁶

Minister Schwarz drohte mit dem Einsatz der Reichswehr, um Zugang zum Gebiet Pirna zu verschaffen. Der Minister war optimistisch: "In Sachsen sei die Räterepublik noch im Keime zu unterdrücken",²⁰⁷ hätten ihm doch auch schon zwei namhafte USPD-Funktionäre, Lipinski und Seger, versichert, „daß sie nicht für die Räterediktatur seien ... Im allgemeinen hofft man auf eine Annäherung zwischen Mehrheitler und Unabhängigen ..."²⁰⁸

-50-

Schwarz' Darlegungen in Pirna werden durch die Presse-Verlautbarungen und Partelaufrufe dieser Tage bestätigt. Am 18. 3. 1920 las man in der "Dresdner Volkszeitung" einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit. Darin hieß es: "In Chemnitz, Pirna und einigen anderen Städten sind unter sichtlicher Vorherrschaft kommunistischer Elemente gewisse Bevölkerungskreise in den Stunden des hochverräterischen Putsches dahingekommen, Exekutivkomitees nach russischem Vorbild einzurichten, die Macht an sich zu reißen und sie zu organisieren, wie in den ersten Tagen der Revolution ..."²⁰⁹ Hier wurde klar ausgesprochen, daß die SPD den Sieg der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch nicht im geringsten ausnutzen wollte, die Positionen der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik auszubauen.

"Denn es galt jetzt nicht, eine neue demokratische Verfassung zu schaffen, sondern die bereits bestehende zu stützen."²¹⁰ Die SPD-Führung verteidigte die bürgerlich-kapitalistische Ordnung.

Kräftig stieß die SPD ins antibolschewistische Horn:

"... Was wir vom ersten Tage des Berliner Hochverrats an besorgt haben: ... Wie wir erwarteten, droht die Gefahr des Bolschewismus. Ihr mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu begegnen, das ist das Gebot der Stunde."²¹¹ Mit fast gleichen Worten war Kapp einen Tag zuvor "zurückgetreten"!

So wurde zum Kampf gegen die revolutionären Arbeiter geblasen, die geglaubt hatten, daß das während der Kapp-Tage vergossene Arbeiterblut sie ein Stück näher zum Sozialismus gebracht habe. Das historische Versagen, der Verrat der SPD-Führer waren vollkommen. Getarnt wurde die schändliche Tat durch zahme Forderungen der SPD an die Regierung, mit denen man sich den Anschein gab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Trotz der verräterischen Haltung vieler SPD-Führer beteiligten sich jedoch die Mitglieder am Generalstreik, und manche Parteimitglieder nahmen an den verschiedensten Aktionen teil. Die sozialdemokratische sächsische Regierung drohte ebenfalls bereits am 18. 3. 1920 in einem Telegramm

-51-

den sächsischen Behörden mit der Anwendung militärischer Gewalt: "Wo kommunistische Parteiherrschaft zu errichten versucht, so Pirna, Orte des Erzgebirges und Vogtlandes, steht Wiederherstellung geordneter Verhältnisse baldigst bevor."²¹²

2. Die Haltung der ostsächsischen USPD-Führer: revolutionäre Phrasen und Paktieren mit den verräterischen Führern der SPD

Die USPD rief ihre Mitglieder in Ostsachsen am 15. 3. 1920 zum Kampf "für den revolutionären Sozialismus"²¹³ auf. "Es handelt sich nicht darum, die Regierungen oder die bürgerlich-kapitalistische Republik herauszuheulen. Es gilt vielmehr, den reaktionären Anschlag abzuwälzen und auf eine sozialistische Republik hinzuarbeiten."²¹⁴ Der Pirnaer Arbeiterschaft rief man zu: "Heute noch, spätestens morgen früh! - Auf zum Kampf um die Macht der Arbeiterschaft. Wenn das überall geschieht, dann ist die Reaktion zur Ohnmacht verurteilt."²¹⁵

Man war einen Tag lang revolutionär - in Worten.

²⁰³ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 34.

²⁰⁴ Ebenda.

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

²⁰⁷ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 05. Bl. 34.

²⁰⁸ Ebenda.

²⁰⁹ "Dresdner Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

²¹⁰ Ebenda.

²¹¹ Ebenda.

²¹² „Pirnaer Anzeiger“, Kr. 64, vom 18. 3. 1920.

²¹³ "Unabhängige Volkszeitung", Sonderausgabe, vom 15. 3. 1920.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Ebenda.

Zwei Tage später "haute" man erst einmal alle reaktionär militärischen Verbände "heraus", das heißt, man unternahm nach grausiger Bluttat auf dem Postplatz den Versuch der Reinwaschung. Am Mittwoch, dem 17. 3. 1920, berichtete die "Unabhängige Volkszeitung" über die Reichswehrprovokation vom Montag. Die Überschrift

"Ein entsetzliches Blutbad in Dresden.

Über 200 Opfer, darunter 59 Tote"²¹⁶

trug der revolutionären Stimmung der Volksmassen und der Empörung der Dresdner Rechnung. Weiter heißt es: "Wir erheben schärfsten Protest gegen die Art, wie die Reichswehr zur Herstellung der Ruhe und Ordnung aufgeboden worden ist!"²¹⁷ Es wurde berichtet, daß auf dem Postplatz "Zeitfreiwillige unter der Reichswehr gewesen waren, die ebenfalls rigoros vorgegangen seien".²¹⁸

Auch die Einwohnerwehr wurde nicht mit verschont: "Es ist nachgewiesen, daß Reaktionsknechte der schlimmsten Art dabei sind."²¹⁹

-52-

Das war die Anklage, wenn, man auch nur gegen "die Art" des Vorgehens, nicht gegen den Einsatz und die Existenz der Reichswehr überhaupt war. Die Verteidigung erfolgte in der Zeitung vom gleichen Tage. Auf der letzten Seite teilte man den Lesern mit, "daß Minister Schwarz mit den Dresdner Reichswehrtruppen verhandelt hat und daß ihnen das Zugeständnis (Wie gnädig! - H.D.) gemacht worden sei, daß die Reichswehrtruppen zum Volke stehen"²²⁰

Die Anklage gegen die Zeitfreiwilligen wurde entschärft: "Zur Beachtung! Wie wir »zuverlässig erfahren, ist ein großer Teil der sogenannten Zeitfreiwilligen durchaus politischer Betätigung abgeneigt. Jede unnötige Reibungsfläche ist unbedingt zu vermeiden."²²¹

Einen Tag später erfuhren die Leser des USPD-Blattes, wie man mit den "Reaktionsknechten" in den Einwohnerwehren verfahren wollte: "Zum Zwecke der Umgestaltung der Einwohnerwehr in Dresden (zu Arbeiterwehren, wie vorher gesagt - H.D.) haben beide sozialistischen Parteien einen Ausschuß gebildet, der die nötigen Richtlinien dazu erarbeiten soll."²²²

So vertröstet die USPD die eigenen Mitglieder und große Teile der revolutionären Arbeiterschaft mit Verhandlungen und zu erwartenden Richtlinien. Die Arbeiter wurden verwirrt, irreführt und von einer entschlossenen Aktion zurückgehalten.

Die Opfer des blutigen Montags, Arbeiter und andere Werktätige, die man tags zuvor zum Demonstrationstreik aufgerufen hatte, wurden verhöhnt: "Dort (auf dem Postplatz H.D.) staute sich von Mittag an permanent eine Kopf an Kopf gedrängte Menge. Warum? Wahrscheinlich wußte das selbst keiner."²²³

Die USPD-Zeitung zeigte die Ursache der Schießerei nicht in einer vorsätzlichen Provokation der Dresdner Reichswehrgeneralität, sondern die Schuld wurde auf einen fanatischen Leutnant abgeschoben, der so lange auf einen Major eingeredet hätte, bis dieser den Schießbefehl gegeben hätte.

- 53 -

Noch am gleichen Tage wird die Regierung "herausgehauen", nicht aus dem Amt, um den "revolutionären Sozialismus" oder die "sozialistische Republik" aufzubauen, sondern aus der Klemme, in die sie der reaktionäre Putsch einerseits und die revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse andererseits gebracht hatten. Am 17. 3. 1920 unterzeichneten ostsächsische Bezirksvorstände der SPD und der USPD einen gemeinsamen Aufruf zur Beendigung des Streiks. (In manchen Orten war über den Montag hinaus gestreikt worden). Dabei wurden gleichzeitig die Aktionsausschüsse energisch in die Schranken gewiesen.²²⁴

In einer Versammlung am Donnerstag, dem 18. 3. 1920, im Pirnaer Volkshaus, stellte der leitende sächsische USPD-Funktionär Fleißner das Verhalten der Reichswehr in Dresden für richtig hin. Doch die Pirnaer kauften ihm das nicht ab. Genosse Renner widersprach ihm mehrmals heftig. Im Polizeibericht lesen wir darüber: "Es sind ca. 1000 Teilnehmer dagewesen. Hauptstimmung ist für den Kommunisten Renner gewesen ..."²²⁵

Die Beispiele beweisen: Die Politik der USPD-Führung für Ostachsen bestand - wie in den meisten Gebieten Deutschlands - aus revolutionären Phrasen und Paktieren mit den verräterischen Führern, der SPD. Mit revolutionären Worten versuchten die USPD-Führer, ihre Mitglieder vom Einfluß und vom eventuellen Anschluß an die KPD abzuhalten. Der starke KPD-Einfluß in Pirna revolutionierte alle Arbeiter. Das war offensichtlich der Hauptgrund, daß

²¹⁶ „Unabhängige Volkszeitung“, Nr. 63, vom 17. 3. 1920.

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Ebenda.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Ebenda.

²²¹ Ebenda.

²²² "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 64, vom 18. 3. 1920.

²²³ "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 63, vom 17. 3. 1920.

²²⁴ Vgl. Anlage Nr. 13. Noch stärker wird in einer Stellungnahme der sächsischen Regierung, die am gleichen Tag erschien, gegen die Aktionsausschüsse Stellung genommen. Vgl. Anlage Nr. 14.

²²⁵ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 30.

in Pirna auch Genosse Schirmer in den Tagen des Kapp-Putsches mehrfach die Forderung nach der Räterepublik stellte. Ansonsten dürfte es zwischen der ostsächsischen und der Pirnaer Führung keine Unterschiede gegeben haben. Die Masse der USPD-Mitglieder beteiligte sich aktiv an der Niederschlagung des Putsches. Die meisten der USPD-Genossen glaubten daran, ihre Partei werde sie auf dem revolutionären Weg, dem einzig möglichen, zum Sozialismus führen. Die Halbheiten und das Doppelspiel ihrer Führer erkannten sie größtenteils noch nicht.

-54-

VI. Die Liquidierung der Arbeiterräte und die Entwaffnung der Arbeiterklasse

1. Die Auflösung der Arbeiterräte

Der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer stärkte nach dem Kapp-Putsch die Positionen der bürgerlichen Kräfte in Deutschland. Das bewiesen auch die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920.

Dieser Entwicklung entsprach der Beschluß des Vollzugsrates des Sächsischen Landesarbeiterrates vom 19. 6. 1920, den Landesarbeiterrat aufzulösen.²²⁶ Am 21. 6. 1920 hob die sächsische Regierung alle die Arbeiterräte betreffenden Beschlüsse auf.²²⁷ Das bedeutete gleichzeitig die Auflösung der örtlichen Arbeiterräte. Daß das dem Pirnaer Stadtrat nicht unrecht gewesen sein kann, bringt der äußerst gleichgültig und knapp abgafäzte Beschluß zum Ausdruck:

"Beschluß des Gesamtrates vom 29. Juni 1920

Arbeiterräte

Von der Verordnung vom 21. Juni 1920, betr. Auflösung der Arbeiterräte, nimmt man Kenntnis.

Dr. Gaitzsch Burkhardt Appelt"²²⁸

Der Pirnaer Arbeiterrat bestand trotzdem noch einige Monate.

Die Existenz der Arbeiterräte bis nahezu zwei Jahre nach Beginn der Novemberrevolution zeigt, daß der Rätegedanke auch in der deutschen Arbeiterklasse außerordentlich populär war. Die rechten sozialdemokratischen Führer jedoch, die bestimmend im Landesarbeiterrat waren und die in Sachsen in der Regierung saßen, hatten mit dieser Aktion die in der Revolution geborenen Organe, die eigentlich Träger aller revolutionären Umwälzungen hätten sein sollen, endgültig beseitigt und sich so ein weiteres Mal um den Schutz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung "verdient" gemacht.

2. Die Entwaffnung der "Zivilbevölkerung"

Die reaktionären bürgerlichen Kräfte waren erschrocken, daß sich die Arbeiter in vielen Teilen Deutschland« be-

-55-

waffnet hatten. Schon am Freitag, dem 19. 3. 1920, wurde in Pirna "eine Vertretung der Beamtenschaft, der Ärzte und Industriellen bei der Executive vorstellig. Die Herren erklärten, sie fühlten sich beunruhigt und in ihrem Leben bedroht, weil die Bewaffnung der Arbeiter durchgeführt sei. In dieser Beziehung konnte die Executive erklären, daß ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliege, sondern auf die revolutionäre Disziplin der Arbeiter vollständig Verlaß sei ..."²²⁹ Dies bestätigte auch ein Pirnaer Kriminalschutzmann in einem Bericht am 21. 6. 1920 mit den Worten: "Ein Mißbrauch der Waffen seit dem Kapp-Putsch durch die bewaffneten Arbeiter ist nicht vorgekommen."²³⁰ Schon am 17. 3. 1920 erscheint der Aufruf des Generals Müller, sofort alle im zivilen Besitz befindlichen Waffen abzugeben.²³¹ Es war dargelegt worden, daß gerade die Bewaffnung der Arbeiterklasse Möglichkeiten bot, eine Arbeiterregierung zu bilden und auf diesem Wege der Arbeiterklasse die Gelegenheit zu geben, die Revolution voranzutreiben. Die SPD-Führung war weit davon entfernt, diese Chance zu nutzen. Am 23. 3. 1920 erschien der Aufruf des sozialdemokratischen sächsischen Arbeitsministers Heldt zur Waffenabgabe.²³²

Alle diese Aufforderungen blieben in Pirna ohne Erfolg. Deshalb wurden auf höhere Anweisung hin am 19. 5. 1920 die Vertreter verschiedener Parteien in Pirna und die Vertreter der Zeitungen zur Polizei geladen und um ihre Mithilfe ersucht, die die Vertreter des "Pirnaer Anzeigers", der "Pirnaer Volkszeitung" (USPDJ), der DVP, der DDP und der SPD auch bereitwillig gaben.²³³

Die Vertreter der KPD und der KAPD erklärte: "Wir lehnen es ab, in der uns vorgeschlagenen Weise persönlich etwas zu unternehmen."²³⁴

Genosse Schirmer, USPD, erklärte: "Einer Entwaffnung der Arbeiterwehren würden wir keinesfalls zustimmen können. Einer Umbildung der Arbeiterwehr in einen Ortsschutz nach den von der Regierung aufgestellten Richtlinien würde ich

-56-

²²⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXXI, 01, Bl. 138.

²²⁷ Vgl. ebenda.

²²⁸ Ebenda, Bl. 139.

²²⁹ Anlage Nr. 18.

²³⁰ Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 31, Bl. 13.

²³¹ Vgl. "Unabhängige Volkszeitung", Nr. 63, vom 17. 3. 1920.

²³² Vgl. Anlage Nr. 19.

²³³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI, 31, Bl. 1 ff.

²³⁴ Ebenda, Bl. 4.

sicherlich zustimmen, ob meine Parteiorganisation dem zustimmen würde, kann ich nicht sagen.“²³⁵

Da die Entente damals für die Auflösung der Einwohnerwehren eintrat, hatte inzwischen die Reichsregierung Empfehlungen für eine Umbildung der Einwohnerwehren in Organisationen mit der Bezeichnung "Ortsschutz" gegeben. In den hierfür erschienenen Richtlinien war nicht mehr die Hede von der "Sicherung der gesäuberten Spartakistennester", sondern nur noch vom "Schutz von Leben und Eigentum".²³⁶ Man wechselte nur die Namen und drückte sich in der Aufgabenstellung etwas milder aus.

Übrigens war der Pirnaer Polizeidezernent gar nicht gewillt, den Liebesdienst des Genossen Schirmer anzunehmen, denn zur gleichen Zeit wandte er sich an die Kreishauptmannschaft: "Die Arbeiterwehr entspricht zur Zeit in keiner Weise den Richtlinien vom 3. Mai 1920 für die Organisation Freiwilliger zum Schutze von Leben und Eigentum. Machtmittel, die Waffen den Arbeitern gewaltsam wegzunehmen, stehen uns nicht zur Verfügung."²³⁷

Ob mit oder ohne die Hilfe der Parteien, das ist nicht mehr festzustellen: Bis zum 11. 6. 1920 hatte sich auf der Polizeiwache ein Infanteriegewehr 98 und ein Karabiner 98 eingefunden.²³⁸ Am 21. 6. 1920 stellt der Kriminalschutzmann fest: "Eine freiwillige Waffenabgabe ist nicht erfolgt und auch nicht zu erwarten."²³⁹ Deshalb empfahl dieser auch die Entwaffnung durch das Militär.²⁴⁰

Nun wurde staatlicherseits Druck hinter die Entwaffnung gemacht. Am 7. 8. 1920 wurde das "Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung"²⁴¹ erlassen. Es wurde ein Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung eingesetzt. Ihm standen Sicherheitspolizei, Reichswehr und das Gericht zur Verfügung.²⁴² In den Ländern wurden Landeskommissare ernannt. Diesem gaben in Sachsen die Gewerkschaften einen Stellvertreter bei.²⁴³ Allen, die nicht gewillt waren, ihre Waffen abzugeben, wurden hohe Strafen angedroht. Jedem, der eine Waffe oder Munition abgab, wurden Geldprämien versprochen.²⁴⁴ Der Erwerb der Waffen brauchte nicht nach-

57 –

gewiesen und der Name bei Abgabe derselben nicht angegeben zu werden. Nun lieferten viele ihre Waffen ab, zum Teil weil sie der staatlichen Gewalt wichen, zum Teil weil sie der SPD oder der USPD Glauben schenkten, die doch letztlich beide die Entwaffnung unterstützten, wenn auch die USPD sich vorerst noch Kundgebungen gegen die Entwaffnung mit anschloß.²⁴⁵ Andere mögen aus

Resignation über die Uneinlichkeit des Handelns der Arbeiterklasse die Waffen abgegeben haben. Auch das Geld lockte zur Abgabe der Waffen.

Insgesamt wurden in der Stadt Pirna

452 Gewahre, 5 Granatwerfer, 109 Revolver, 35 Handgranaten, 17 375 Patronen

und verschiedene andere Waffen- und Munitionsteile abgegeben, für die 51.177,45 M. Ablieferungsprämie gezahlt wurde.²⁴⁶

Am 15.12.1920, als die Ablieferungsaktion schon offiziell abgeschlossen war, fand in Pirna eine Durchsuchung nach Waffen statt, an der sich 8 Kriminalbeamte aus Dresden und die 5. Hundertschaft der Landessicherheitspolizei in einer Stärke von 89 Mann beteiligten. Da man zuerst das Volkshaus durchsuchte, ging man zum Schein auch in die bürgerliche Gaststätte „Schwarzer Adler“. Dann konzentrierte sich die Polizeiaktion auf bekannte Arbeiter und Arbeiterfunktionäre der Stadt Pirna. Insgesamt betrug die Ausbeute zwei Infanteriegewehre und 109 Schuß Infanteriepatronen.²⁴⁷

Für die Entwaffnung der Arbeiterklasse wurden weder Mühe noch Kosten gescheut, sicherte sich doch damit die Bourgeoisie vor einem eventuell später erfolgenden revolutionären Angriff der Arbeiterklasse. Die SPD-Führung als treuer Vasall der Bourgeoisie unterstützte auch diese Maßnahme.

-58-

3. Die KPD verteidigte die Rechte der Arbeiterklasse

Die KPD verteidigte die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie zur Entwaffnung der Arbeiter. Gemeinsam veranstaltete die KPD mit der USPD und dem Arbeiterrat am 8. 8. 1920 auf der Reitbahn (Ernst-Thälmann-Platz) eine Demonstrationsversammlung unter dem Thema "Das neue Zuchthausgesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft".²⁴⁸ In einer 20minütigen Ansprache betonte Genosse Rudolf Renner vor 300

²³⁵ Ebenda, Bl. 3.

²³⁶ Ebenda, Bl. 1.

²³⁷ Ebenda, Bl. 5.

²³⁸ Vgl. ebenda, Bl. 12.

²³⁹ Ebenda, Bl. 13.

²⁴⁰ Vgl. ebenda.

²⁴¹ Vgl. ebenda, lose inliegend: Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1920, Nr. 169, S. 1553.

²⁴² Vgl. ebenda.

²⁴³ Vgl. ebenda, Bl. 21.

²⁴⁴ Vgl. Anlage Kr. 22.

²⁴⁵ Vgl. Anlage Kr. 21.

²⁴⁶ Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. O. u. J., S.

77.

²⁴⁷ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 31. Bl. 126.

²⁴⁸ Vgl. Anlage Nr. 21.

Teilnehmern, daß das Entwaffnungsgesetz nur gegen das revolutionäre Proletariat gerichtet sei. Er forderte die Anwesenden auf, seine Ausführungen in die Betriebe zu tragen.²⁴⁹

Die KPD kämpfte geschlossen als einzige Partei mit Wort und Tat gegen das Entwaffnungsgesetz. Von vielen ihnen bekannten Arbeitern sammelten Pirnaer und Copitzer KPD-Genossen die Waffen ein und verbargen sie noch viele Jahre vor dem Zugriff der Reaktion. Ebenso handelten KPD- und USPD-Genossen in Krebs, Struppen und anderen Orten.²⁵⁰

- 59 -

C. Schluß

Die Lehren des Kapp-Putsches damals und heute

Die Kapp-Putschisten, die Vertreter der reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus, konnten ihre zweifelhafte Herrschaft nur knapp fünf Tage aufrechterhalten, weil die deutsche Arbeiterklasse "in der bis dahin bedeutendsten proletarischen Einheitsaktion der deutschen Geschichte"²⁵¹ durch Generalstreiks und bewaffnete Aktionen die Putschisten besiegte und zur Flucht zwang. Damit verhinderte die Arbeiterklasse "die Errichtung einer offenen Militärdiktatur in Deutschland und verteidigte die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution".²⁵²

In Mecklenburg und anderen Gebieten Deutschlands beteiligte sich das Landproletariat aktiv an der Niederschlagung der Putschisten. Die Einheit der Arbeiterklasse hatte vielerorts zu einem zeitweiligen Bündnis mit bürgerlich-demokratischen Kräften geführt. So gehörten den Aktionsausschüssen in Chemnitz und Leipzig Vertreter der DDP an. Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelte die geschichtliche Lehre, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen eine gewaltige Kraft ist.

Zwar wurde die Militärreaktion zurückgeschlagen, der Sieg der Arbeiterklasse konnte aber nicht ausgebaut werden, weil die SPD-Führung an ihrer verhängnisvollen Koalitionspolitik festhielt. Die rechten Führer der USPD gebrauchten revolutionäre Phrasen, statt auf die Bildung einer Arbeiterregierung hinzuwirken und ihren Eintritt in diese zu erklären. Die KPD war organisatorisch noch zu schwach und ideologisch nicht genügend gefestigt, um überall die Führung der Arbeiterklasse übernehmen und den Einfluß der rechten SPD-, USPD- und Gewerkschaftsführung zurückdrängen zu können.

Die SPD-Führer waren nicht gewillt, die für die Arbeiterklasse nützlichen Schlußfolgerungen zu ziehen. Statt die

-60-

Einheit der Arbeiterklasse auszubauen, paktierten sie weiter mit der Bourgeoisie. Die gemeinsame Aktion gegen den Kapo-Putsch hatte das Einigungsbestreben in der Arbeiterklasse gefördert. In Dresden z. B. fanden in verschiedenen Stadtbezirken gemeinsame Versammlungen von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten statt, in denen den opportunistischen Ideologien der rechten SPD-Führer eine Abfuhr erteilt wurde. Am 23. März 1920 wendet sich die "Dresdner Volkszeitung" scharf gegen SPD-Parteiorganisationen, und -Funktionäre, die an solchen Versammlungen teilnahmen oder sie mit einberiefen.²⁵³ In Pirna führte die SPD und das Gewerkschaftskartell am 1. Mai 1920 eine separate Feier durch. Sie verkrochen sich im Pillnitzer Wald. Die KPD, der Arbeiterrat und die USPD riefen die Werktätigen Pirnas zur Demonstration durch die Stadt und zur Kundgebung auf dem Marktplatz auf, an der sich 600 Personen beteiligten.²⁵⁴ Die SPD-Führer beteiligten sich nach dem Kapp-Putsch an der blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse, die Reichsregierung organisierte besonders im Ruhrgebiet den weißen Terror und ließ Hunderte Arbeiter, Frauen und Jugendliche ermorden.

Millionen Arbeiter und andere Werktätige wandten sich jetzt von der SPD ab. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 verlor die SPD gegenüber den Wahlen im Januar 1919 über 5 Millionen Stimmen.

In der USPD verstärkten sich während und nach dem Kapp-Putsch die Auseinandersetzungen zwischen den rechten Führern und dem linken Flügel der Partei. Da die Masse der Mitglieder und viele Funktionäre der Partei bisher ehrlich und entschlossen gekämpft hatten, da aber auch viele Arbeiter das Doppelspiel der rechten Führer noch nicht durchschauten, gewann die Partei bei den Wahlen im Juni 1920 2,7 Millionen Wählerstimmen. Im Dezember 1920 vereinigte sich der linke Flügel der USPD mit der KPD zur VKPD.²⁵⁵

Die KPD, die sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch gestellt hatte, erhöhte ihren Einfluß in der Arbeiterklasse. Zu den Reichstagswahlen 1920

- 61 -

erhielt die Partei 400 000 Stimmen. Mit Clara Zetkin erhob die Kommunistische Partei Deutschlands am 2. Juli 1920 erstmals ihre Stimme im Deutschen Reichstag. Erhöhte sich, gemessen am 1921er Wahlergebnis in der Stadt Pirna, der

²⁴⁹ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 71.

²⁵⁰ Berichte der Genossen Haak, Weinhold, Wehle und Fröde.

²⁵¹ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 284.

²⁵² Ebenda.

²⁵³ Vgl. Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Berlin 1960, S. 89 und "Pirnaer Anzeiger", Nr. 62/63, vom 16. 3. 1920.

²⁵⁴ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXVI. 05. Bl. 53.

²⁵⁵ In Pirna vereinigten sich USPD bzw. deren linke Kräfte und KPD nicht. Die Gründe hierfür konnten von mir und von anderen Genossen, die bisher an diesen Problemen arbeiteten, noch nicht gefunden werden.

Einfluß der Kommunisten nach dem Kapp-Putsch nicht sofort, so nötigt uns doch beispielsweise das Wahlergebnis der Copitzer Gemeindevertretung vom 11. 12. 1921, wo die KPD als stärkste Partei hervorging und 5 von 18 Mandaten erhielt,²⁵⁶ höchste Anerkennung ab.

Der Kapp-Putsch hatte der KPD erneut gezeigt, daß man in Deutschland nicht in einem Sprung zur Diktatur des Proletariats gelangen konnte. In den folgenden Jahren verstand es die Partei immer besser, die Tagesforderungen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger mit dem Endziel der Partei zu verbinden. So erzielten die Genossen der KPD in der damaligen Fa. Küttner (heute SKW "Siegfried Rädell") bei den Betriebsratswahlen einen glänzenden Erfolg. Ihr Wahlvorschlag mit den Genossen Klett und Rädell an der Spitze erhielt 1 480 Stimmen, der Vorschlag der reformistischen Gewerkschaftsvertreter 114 Stimmen.²⁵⁷

Der Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USPD bedeutete die Entwicklung zur revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats.

Die verräterische und arbeiterfeindliche Politik der SPD trieb nicht nur Millionen Wähler von der SPD weg, sondern führte sie gleichzeitig bürgerlich-reaktionären Parteien, wie der DNVP und der DVP, zu. Beide Parteien erzielten im Juni 1920 einen bedeutenden Stimmengewinn. Die SPD hatte sich bei großen Teilen des Volkes kompromittiert, vorläufig ihre Schuldigkeit getan, und ausschließlich bürgerliche Parteien, die DVP, das Zentrum und die DDP, bildeten die Reichsregierung. Diese Regierung war, von der Kapp-Regierung abgesehen, die reaktionärste Nachkriegsregierung in Deutschland. Die Bourgeoisie bediente sich immer dann der SPD-Führer, wenn die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft bedroht war. Fühlte sie sich stark genug, dann regierte sie allein.

-62-

Diese Erfahrung hielt die SPD-Führer nicht davon ab, bis 1933 noch mehrmals für die Bourgeoisie in die Bresche zu springen und solange Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, bis sie endgültig von den Faschisten davongejagt wurden. Die gegen die Aktionseinheit mit der KPD und der gesamten Arbeiterklasse gerichtete Politik der SPD-Führung ermöglichte es dem Faschismus, in Deutschland seine offene terroristische Diktatur zu errichten, die zum zweiten Weltkrieg und zur Ermordung Hunderttausender deutscher Antifaschisten führte.

Der Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 beherzigte die Lehren des Kapp-Putsches. Er zielte auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hin, schuf diese in Ostdeutschland und auf ihrer Basis das Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Unter Führung der KPD zogen auch die ehrlichen, der Arbeiterklasse eng verbundenen Kräfte in der SPD die Schlußfolgerungen aus den Fehlern der Vergangenheit, eigneten sich in zähem Ringen um die Wahrheit den Marxismus-Leninismus an, und beide Arbeiterparteien vereinigten sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Fundament aller Erfolge der demokratischen und sozialistischen Kräfte in der DDR. Auf dieser soliden Grundlage wurde in einem Teil Deutschlands der deutsche Imperialismus und Militarismus und seine schlimmste Ausgeburt, der Faschismus, für immer ausgerottet.

DDR bedeutet heute Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit für alle Bürger. In Westdeutschland strebt heute das Monopolkapital die gewaltsame Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges an. Im Land nimmt die soziale Unsicherheit zu.

Warum wurde in Westdeutschland die Macht der Imperialisten nicht ebenfalls beseitigt?

Die SPD-Führung verhinderte nach 1945 die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Dadurch verhinderte sie zugleich die wirtschaftliche und politische Entrechtung des Imperia-

63 –

lismus und förderte seinen Wiederaufstieg.

Im Herbst 1966 sprang die SPD-Führung dem in eine Krise geratenen Monopolkapital und der Bundesregierung bei und bildete gemeinsam mit der reaktionären CDU/CSU die Große Koalition. Die SPD-Führung ging dieses Bündnis gegen die tausendfache Warnung ihrer eigenen Mitglieder und demokratischer Kräfte des Bürgertums ein. Die SPD-Mitgliedschaft und andere Kreise forderten eine Regierung, die nur aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären, eventuell liberale Bürgerliche einbezogen, bestehen sollte.

In diesen Auseinandersetzungen verwies der führende FDP-Politiker Thomas Dehler auch auf die Lehren des Kapp-Putsches. Er warnte die Sozialdemokraten vor einem Zusammengehen mit der von der CDU gepriesenen "christlichen Demokratie", die in vielen Ländern Europas zum Faschismus geführt habe. Die Reaktion habe während des Kapp-Putsches in Bayern die sozialdemokratische Regierung Hoffmann gestürzt. seitdem habe es in Bayern während der Weimarer Republik keine Sozialdemokraten mehr in der Regierung gegeben. Thomas Dehler rief den Sozialdemokraten zu: "Am Ende stand der Nationalsozialismus. Der muß nicht wieder kommen, meine Damen und Herren, aber erkennen Sie doch die Gefahren, die drohen."²⁵⁸

In der Tat begünstigt die Politik der SPD, die keine demokratische, den Werktätigen nutzende Alternative zur reaktionären Politik der CDU gegenüberstellt, das Wiedererstarken der faschistischen Kräfte in Westdeutschland.

Im März 1920 versuchten die reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus durch einen Staatsstreich, den Kapp-Putsch, jegliche Angriffe seitens der Arbeiterklasse auf ihre Macht auszuschließen. Deshalb wollten sie die

²⁵⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B VIII - IV. 342. Bl. 182.

²⁵⁷ Vgl. Archiv des Sächsischen Kunstseidenwerkes "Siegfried Rädell", Betriebsgeschichte des SKW, Manuskript, Bl. 25.

²⁵⁸ „Neues Deutschland“, Nr. 348, vom 19. 12. 1966.

Militärdiktatur errichten. Seit einigen Jahren propagieren die herrschenden Kreise Westdeutschlands die Theorie der formierten Gesellschaft, das heißt die Monopolbourgeoisie will ihre "formierte Herrschaft" über die gesamte Gesell-

. 64 •

schaft festigen. Dabei geht es "der CDU/CSU darum, die unmittelbaren und totalitären Herrschaftsansprüche der Großbourgeoisie zu einem festen System auszubauen mit dem Ziel, die demokratische Bewegung der Volkskräfte aufzuhalten und notfalls mit Gewalt zu unterdrücken".²⁵⁹

Was 1920 mit Mitteln der militärischen Gewalt erreicht werden sollte, das wollen die westdeutschen Imperialisten in der Gegenwart auf "demokratischem" Wege erreichen. Die Regierung Erhard erwies sich nicht fähig, dieses Programm durchzusetzen. Deshalb engagierte sich die CDU/CSU zeitweilig die SPD-Führer als Minister, damit sie ihnen helfen, die demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes abzubauen und die gesetzlichen Grundlagen der geplanten Notstandsdictatur zu vollenden.

Gegen diese Politik ist in den letzten Jahren die Unzufriedenheit in der westdeutschen Arbeiterklasse, besonders in den Gewerkschaften, in den Kreisen der Wissenschaftler und der Intelligenz gewachsen.

Die Situation des Jahres 1920 und die heutige Situation in Westdeutschland beweisen: In Zeiten zunehmender politischer und sozialökonomischer Auseinandersetzungen nimmt die Polarisierung der Klassenkräfte zu.

Das Monopolkapital betreibt heute erneut eine Politik des Revanchismus» des Antikommunismus und der Kriegsvorbereitung.

Die Hauptaufgabe aller Patrioten Westdeutschlands besteht heute darin, zu verhindern, daß von deutschem Boden jemals wieder ein vernichtender Krieg ausgeht. Die demokratischen Kräfte müssen die Wende zu einer Politik erzwingen, die einer friedlichen Entwicklung Westdeutschlands und der Welt dient und die der westdeutschen Arbeiterklasse und anderen Werktätigen das Recht der Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft sichert.

Dabei weisen die Lehren des Kapp-Putsches die Arbeiterklasse Westdeutschlands mit Nachdruck darauf hin, daß es höchste Zeit ist, die zersplitterten oppositionellen

- 65 -

Kräfte im Land unter Führung der Arbeiterklasse zu vereinen. Konsequenter und beständiger Führer der Opposition in Westdeutschland kann nur eine marxistisch-leninistische Partei sein. Deshalb ist der Kampf um die Legalität der KPD das Gebot der Stunde.

Unter ihrer Führung muß und wird es der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, verbunden mit allen anderen Werktätigen, gelingen, den (west)deutschen Imperialismus, den Todfeind unseres Volkes, für immer unschädlich zu machen.

- 66 -

D. Anhang

I. Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Klassiker des Marxismus-Leninismus

Lenin, W. I. Bd. 31, Berlin 1959.

2. Beschlüsse und Dokumente und Veröffentlichungen führender Politiker

Koenen, Wilhelm, Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jahrgang 17 (1962), H. 2.

Ulbricht, Walter, Stellungnahme zur Regierungserklärung des westdeutschen Kabinetts Kiesinger, Berlin 1967.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/1, Berlin 1966.

3. Quellen

a) Akten

Staatsarchiv Dresden: Akten der Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Die monatlich an das Ministerium des Innern zu erstattenden Stimmungsberichte.

Akten des Ministeriums des Innern, 11076 a, Innere Unruhen, Straßendemonstrationen, Streiks.

Stadtarchiv Pirna: B III - XVIII. 234. Sicherheitstruppen.

B III - XXI. 08-1. Streiks 1919 - 1922

B III - XXII. 847. Marktpreisverzeichnis

B III - XXVI, 05. Politische Polizei.

B III - XXVI. 11. Versammlungen.

B III - XXVI. 31. Waffeneinziehung.

B III - XXXI. 01. Politische Umgestaltung.

Akten der Stadtverordneten, 1920 I u. II.

B VIII - 028. Akten des Gemeindeamtes Copitz, Volkszählung.

B VIII - IV. 32. Akten des Gemeindeamtes Copitz, Fabrikarbeiterzählung.

B VIII - IV. 342. Akten des Gemeindeamtes Copitz, Gemeindevertreterwahlen.

²⁵⁹ Ulbricht, Walter, Stellungnahme zur Regierungserklärung des westdeutschen Kabinetts Kiesinger, Berlin 1967, S. 47.

B VIII - VII. 207. Akten des Gemeindeamtes Rottwerndorf, Bildung von Einwohnerwehren, Ortsschutz, Waffenablieferung.

Archiv der Festung Königsteins:

Festungschronik, 3. Teil, 1890 - 1930.

Verzeichnis der Festungsgefangenen.

b) Zeitungen

"Der Kämpfer", Zeitung der KPD in Chemnitz und Umgebung, vorhandene Exemplare vom März 1920, Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt.

- 67 -

"Der Kommunist", ab April 1920 Zeitung der KAPD, vorhandene Exemplare bis August 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Dresdner Anzeiger", Sprachrohr der kleinbürgerlichen Schichten, März 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Dresdner Nachrichten", DNVP, März 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Dresdner Volkszeitung", SPD, Jahrgang 1920, Stadtarchiv Dresden.

"Königsteiner Anzeiger", bürgerliches Blatt im Raum Königstein, Nr. 33, vom 21. 3. 1920, Archiv der SED-Kreisleitung Pirna*

"Neues Deutschland", Zentralorgan der SED, Nr. 348, vom 19. 12. 1966.

"Pirnaer Anzeiger", Pirnaer Amtsblatt, bürgerlich-reaktionär, 1920 stark deutsch-national orientiert, Jahrgänge 1919 - 1921; Stadtarchiv Pirna,

"Unabhängige Volkszeitung", USPD-Zeitung für Ostsachsen, Jahrgang 1920, Stadtarchiv Dresden.

4. Darstellungen

Jensch, Hugo, Rieger, Heinz, Rote Fahne über Pirna, ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, o. 0.(1958) u. J.

Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920.

Rathmann, Lothar, Märzstürme 1920, Der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin 1954.

Rieger, Heinz, Die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und der Reichswehreinmarsch in Pirna, o. 0. u. J.

Schneider, Horst, Aktionseinheit schlug Kapp, Dresden 1960.

Weber, Stefan, Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Jg. (1959), Heft 4.

Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Berlin 1960.

Beiträge zur Heimatgeschichte des Kreises Pirna, Teil I, bearbeitet and herausgegeben von der Fachkommission Geschichte unter Leitung von Gerhard Mädler, in: Der pädagogische Berater, Kr. 21, Pirna 1957.

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920, 1921, o. 0. u. J.

Betriebsgeschichte des Sächsischen Kunstseidenwerkes "Siegfried Rädler", Manuskript, Archiv des SKW "Siegfried Rädler".

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, Berlin 1966.

Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin o. J.

- 68 -

Bericht des Genossen Klett, Archiv der SED-Kreisleitung Pirna.

Berichte der Genossen Fröde, Haak, Horx, Müller, Rohnstock, Täubrich, Weber, Wehle und Weinhold, im Besitz des Verfassers.

-79 ~

III. Abkürzungen.

AHM	Amtshauptmannschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LVP	Lausitzer Volkspartei
M.	Mark

Neukomm. ²⁶⁰	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Linke) = USPD (Linke)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD (USP)	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 1)

. 80 -

IV. Materialien und Übersichten**Anlage 1**

Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919

AHM Pirna:

Ortsanwesende Personen		
Gesamt	Männer	Frauen
161.605	75.819	85.789

AHM Pirna, ohne Städte Pirna,
Königstein, Bad Schandau,
Sebnitz und Neustadt
Stadt Pirna:²⁶²

120.472²⁶¹

Ortsanwesende Personen		
Gesamt	Männer	Frauen
19.006	9.245	9.761

Copitz:²⁶³

Ortsanwesende Personen		
Gesamt	Männer	Frauen
5.382	2.557	2.825

Anlage 21) Ergebnisse der Arbeiterzählung vom 3. Mai 1920²⁶⁴

	Arbeiter			Betriebsinhaber, Verkaufspersonen u.ä.	Beschäftigte insgesamt
	Gesamt	Männer	Frauen		
Stadt Pirna ²⁶⁵	4.778	3.827	951	845	5.623
Copitz ²⁶⁶	851	765	86	126	977

- 81 -

Anlage 3

Arbeitslose in Stadt und Amtshauptmannschaft Pirna

Stadt Pirna²⁶⁷

Durchschnittliche monatliche Zahl der Arbeitslosen:

1919 896

1920 337

1921 240 Vollerwerbslose und
184 Zuschlagsempfänger

Arbeitslose in den Monaten Januar bis Juni 1920:

Januar 661 April 280

Februar 579 Mai 202

März 405 Juni 213

Amtshauptmannschaft Pirna²⁶⁸Arbeitslose in den Monaten Januar bis März 1920:²⁶⁹

Januar: 3.112

Februar: 3.612

März 2.016

²⁶⁰ Keine offizielle Bezeichnung der Partei²⁶¹ Vgl. Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, 66. und 67. Jahrgang, 1920 – 1921, Dresden o. J., S. 2 ff. Letzte Zahl zum Vergleich der Arbeitslosen (Anlage 4) angegeben.²⁶² Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. 0. u. J., S. 88. 606 vorübergehend anwesende Militärpersonen sind in den Zahlen inbegriffen.²⁶³ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Gemeinde Copitz, B III - 028. Bl. 281.²⁶⁴ Gezählt wurde in den Betrieben der Orte, begonnen beim Einmann-Geschäft oder -Betrieb bis zur größten Fabrik.²⁶⁵ Vgl. Stadtarchiv Pirna, B III - XXX. 07. Bl. 298.²⁶⁶ Vgl. Stadtarchiv Pirna, Akten der Gemeinde Copitz, B VIII - IV. 32, Bl. 151 ff.²⁶⁷ Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf die Jahre 1919, 1920 und 1921, o. 0, u. J., S. 115 ff.²⁶⁸ In den Zahlen der AHM sind die Stadt Pirna, Königstein, Bad Schandau, Sebnitz und Neustadt nicht mit inbegriffen.²⁶⁹ Staatsarchiv Dresden, Amtshauptmannschaft Pirna, B 16 a. Bl. 78 ff.